Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"

Am 25. April 1988 versuchte die Stasi das zweite Mal den Empfang von Radio Glasnost mit Störsendern zu erschweren oder zu verhindern. Dies sollte mögliche Auswirkungen der regimekritischen Sendungen auf die DDR verhindern.

Die Sendung "Radio Glasnost - Außer Kontrolle" mit Beiträgen "aus und über die DDR" wurde von dem privaten Alternativkanal Radio 100 in West-Berlin einmal monatlich ausgestrahlt. Das einstündige Programm war zwischen Juli 1987 und dem Mauerfall sowohl im Westen als auch im Osten Berlins zu empfangen. In einer kurzen Pilotsendung kündigte Moderatorin Marenbach am 22. Juli 1987 an, von nun an würden auf diesem Sendeplatz Oppositionelle aus der DDR zu Wort kommen. Deren Beiträge und Diskussionen wurden in Ostdeutschland formuliert oder aufgenommen, über die Grenze geschmuggelt und dann von Radio 100 in West-Berlin ausgestrahlt. Bis November 1989 verband Radio Glasnost auf diesem Wege die Ost-Berliner Opposition mit der freien Welt.

In der DDR waren Reinhard Schult, Ralf Hirsch und andere für Texte und Organisation verantwortlich. Eine kleine West-Berliner Redaktion, gegründet durch den Radio-100-Redakteur Dieter Rulff und den aus der DDR ausgebürgerten Oppositionellen Roland Jahn, sorgte dann dafür, dass die Beiträge im privaten Radio 100 einen festen Sendeplatz bekamen. Es dauerte nicht lange, bis Radio Glasnost sein Publikum in der DDR gefunden hatte. Auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde hellhörig und wertete alle Sendungen im Detail aus. Die Geheimpolizei fahndete nach den Urhebern und untersuchte, welchen Einfluss die Beiträge auf DDR-Bürger haben könnten. Auch erschwerte die Stasi den Empfang von zwei Sendungen durch Störsender.

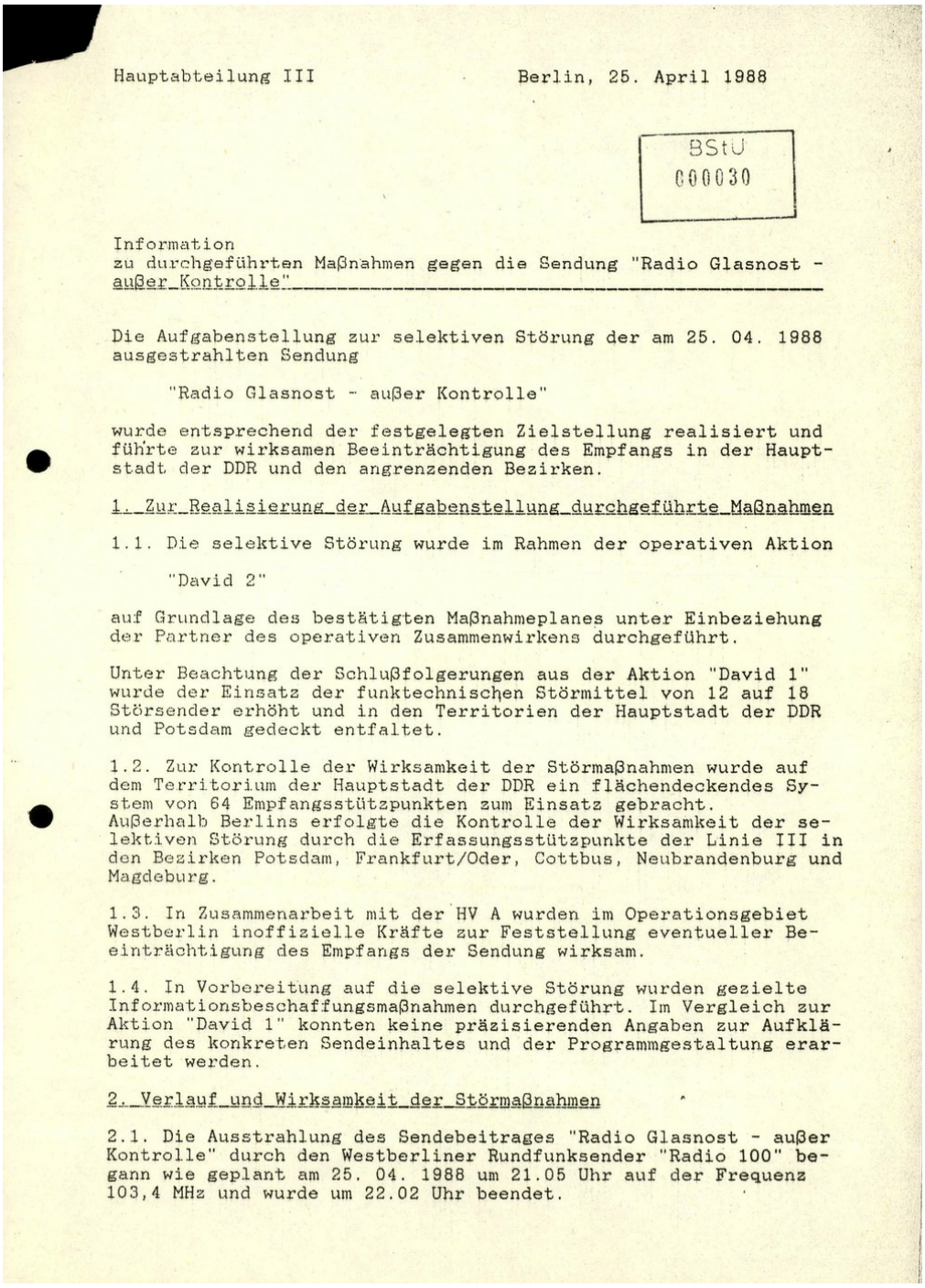
Die Störsender arbeiteten, wie von der Stasi gewünscht: In vielen Bereichen im Osten Berlins war die achte Sendung vom 28. März 1988 nur noch schwer oder gar nicht zu verstehen. In dem folgenden Dokument dokumentiert die Stasi die Ergebnisse ihrer Aktion "David".

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung III	Urheber: MfS
Datum: 25. April 1988	Rechte: BStU
Zustand: Gut	Überlieferungsform: Dokument

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



Hauptabteilung III Berlin, 25. April 1988

BStU
000030

Information
zu durchgeführten Maßnahmen gegen die Sendung "Radio Glasnost - außer Kontrolle"

Die Aufgabenstellung zur selektiven Störung der am 25. 04. 1988 ausgestrahlten Sendung

"Radio Glasnost - außer Kontrolle"

wurde entsprechend der festgelegten Zielstellung realisiert und führte zur wirksamen Beeinträchtigung des Empfangs in der Hauptstadt der DDR und den angrenzenden Bezirken.

1. Zur Realisierung der Aufgabenstellung durchgeführte Maßnahmen

1.1. Die selektive Störung wurde im Rahmen der operativen Aktion

"David 2"

auf Grundlage des bestätigten Maßnahmeplanes unter Einbeziehung der Partner des operativen Zusammenwirkens durchgeführt.

Unter Beachtung der Schlußfolgerungen aus der Aktion "David 1" wurde der Einsatz der funktechnischen Störmittel von 12 auf 18 Störsender erhöht und in den Territorien der Hauptstadt der DDR und Potsdam gedeckt entfaltet.

1.2. Zur Kontrolle der Wirksamkeit der Störmaßnahmen wurde auf dem Territorium der Hauptstadt der DDR ein flächendeckendes System von 64 Empfangsstützpunkten zum Einsatz gebracht. Außerhalb Berlins erfolgte die Kontrolle der Wirksamkeit der selektiven Störung durch die Erfassungsstützpunkte der Linie III in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Neubrandenburg und Magdeburg.

1.3. In Zusammenarbeit mit der HV A wurden im Operationsgebiet Westberlin inoffizielle Kräfte zur Feststellung eventueller Beeinträchtigung des Empfangs der Sendung wirksam.

1.4. In Vorbereitung auf die selektive Störung wurden gezielte Informationsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt. Im Vergleich zur Aktion "David 1" konnten keine präzisierenden Angaben zur Aufklärung des konkreten Sendeinhaltes und der Programmgestaltung erarbeitet werden.

2. Verlauf und Wirksamkeit der Störmaßnahmen

2.1. Die Ausstrahlung des Sendebeitrages "Radio Glasnost - außer Kontrolle" durch den Westberliner Rundfunksender "Radio 100" begann wie geplant am 25. 04. 1988 um 21.05 Uhr auf der Frequenz 103,4 MHz und wurde um 22.02 Uhr beendet.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 30

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"

BStU
000031

Die Sendestruktur beinhaltete im Unterschied zu vorangegangenen Sendungen einen größeren Anteil an Textbeiträgen.

Inhaltlich waren die Beiträge erneut auf die Verleumdung der DDR ausgerichtet und befaßten sich mit

- der auf der 9. Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg diskutierten Ausreiseproblematik und den Forderungen der evangelischen Kirche zur rechtlichen Regelung der Übersiedlungspraxis,

- der Gesetzgebung zum Wehrersatzdienst in der DDR,

- der Diffamierung der Wirtschaftspolitik der SED.

2.2. Als Besonderheit im Vergleich zu der am 28. 03. 1988 ausgestrahlten Sendung war festzustellen, daß im Verlauf der aktuellen Sendung die Moderatorin auf die durchgeführten Störmaßnahmen reagierte.
In diesem Zusammenhang wurde den Empfängern der Sendung empfohlen, durch den Übergang auf Mono-Empfang die Wirksamkeit der Störmaßnahmen abzuschwächen.
Gleichzeitig verwies die Moderatorin auf eine mögliche Wiederholung der Sendung und forderte zum ständigen Verfolgen des Senders "Radio 100" auf.

Bemerkung: Unter Berücksichtigung dieser Ankündigung wird vorgeschlagen, die Sendungen des Westberliner Rundfunksenders "Radio 100" ständig durch das Fachorgan der ZAIG zu beobachten und Veränderungen in der Sendezeit bzw. der Programmstruktur aufzuklären.

2.3. Entsprechend der konkreten inhaltlichen Ausrichtung der Sendebeiträge wurden insgesamt 14 Minuten der Sendung gestört.

Die realisierten Störmaßnahmen wurden dabei vor allem auf folgende Sendebeiträge ausgerichtet:

- Verleumdung der Übersiedlungspraxis der Regierung der DDR unter Bezugnahme auf die 9. Synode der evangelischen Kirche, verbunden mit der Forderung an die Kirchenleitung, ihre Positionen in dieser Frage gegenüber dem Staat offensiver vorzutragen;

- Propagierung der Forderung nach der Einführung eines sogenannten sozialen Friedensdienstes und die Erläuterung der rechtlichen Möglichkeiten für den Wehrersatzdienst (Bausoldaten) mit dem Ziel, die Bereitschaft zum aktiven Wehrdienst zurückzudrängen (Ankündigung eines Treffens von Wehrdienstverweigerern vom 29. 04. - 01. 05. 1988);

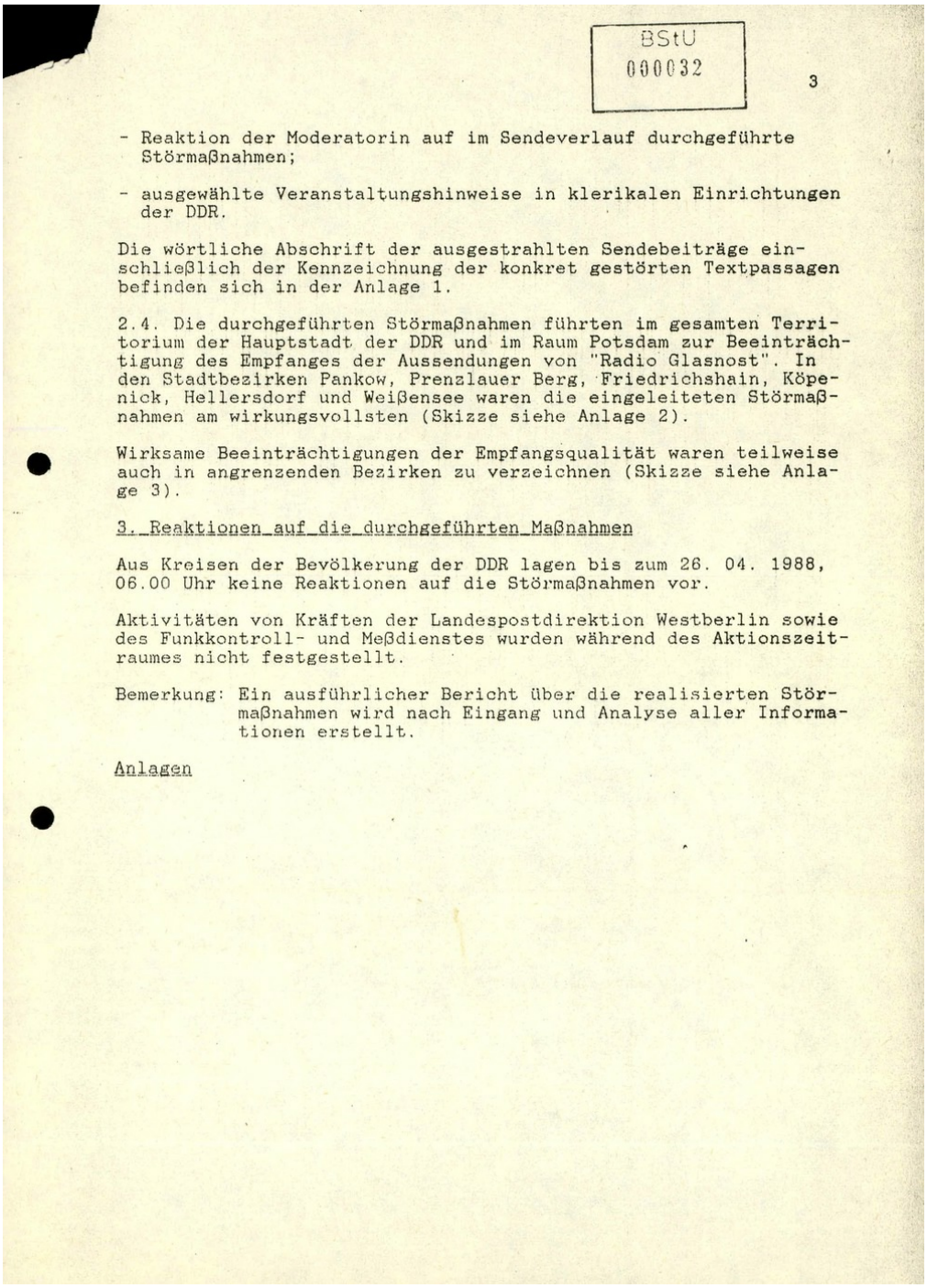
- verleumderische Herabwürdigung der Situation in der Volkswirtschaft der DDR verbunden mit der persönlichen Diffamierung des Mitgliedes des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Günter Mittag;

- Erläuterung einer Bauanleitung zur Erweiterung des Frequenzbereiches von Rundfunkgeräten älterer Produktion mit dem Ziel der Gewährleistung des Empfangs des Senders "Radio 100";

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 31

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000032

- Reaktion der Moderatorin auf im Sendeverlauf durchgeführte Störmaßnahmen;

- ausgewählte Veranstaltungshinweise in klerikalen Einrichtungen der DDR.

Die wörtliche Abschrift der ausgestrahlten Sendebeiträge einschließlich der Kennzeichnung der konkret gestörten Textpassagen befinden sich in der Anlage 1.

2.4. Die durchgeführten Störmaßnahmen führten im gesamten Territorium der Hauptstadt der DDR und im Raum Potsdam zur Beeinträchtigung des Empfanges der Aussendungen von "Radio Glasnost". In den Stadtbezirken Pankow, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Köpenick, Hellersdorf und Weißensee waren die eingeleiteten Störmaßnahmen am wirkungsvollsten (Skizze siehe Anlage 2).

Wirksame Beeinträchtigungen der Empfangsqualität waren teilweise auch in angrenzenden Bezirken zu verzeichnen (Skizze siehe Anlage 3).

3. Reaktionen auf die durchgeführten Maßnahmen

Aus Kreisen der Bevölkerung der DDR lagen bis zum 26. 04. 1988, 06.00 Uhr keine Reaktionen auf die Störmaßnahmen vor.

Aktivitäten von Kräften der Landespostdirektion Westberlin sowie des Funkkontroll- und Meßdienstes wurden während des Aktionszeitraumes nicht festgestellt.

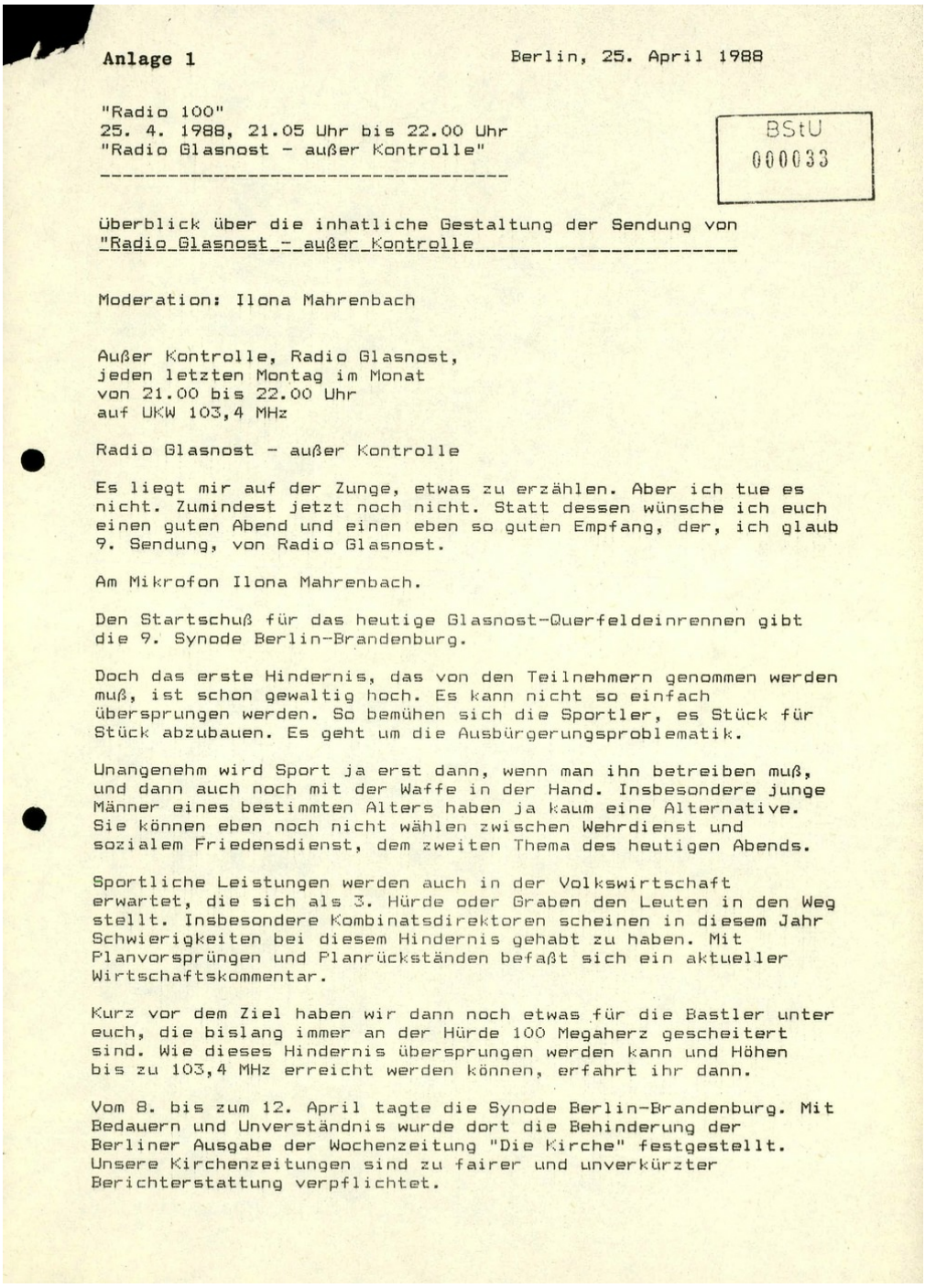
Bemerkung: Ein ausführlicher Bericht über die realisierten Störmaßnahmen wird nach Eingang und Analyse aller Informationen erstellt.

Anlagen

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 32

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



Anlage 1 Berlin, 25. April 1988

"Radio 100"
25. 4. 1988, 21.05 Uhr bis 22.00 Uhr
"Radio Glasnost - außer Kontrolle"

BStU
000033

Überblick über die inhatliche Gestaltung der Sendung von
"Radio Glasnost - außer Kontrolle"

Moderation: Ilona Mahrenbach

Außer Kontrolle, Radio Glasnost,
jeden letzten Montag im Monat
von 21.00 bis 22.00 Uhr
auf UKW 103,4 MHz

Radio Glasnost - außer Kontrolle

Es liegt mir auf der Zunge, etwas zu erzählen. Aber ich tue es nicht. Zumindest jetzt noch nicht. Statt dessen wünsche ich euch einen guten Abend und einen eben so guten Empfang, der, ich glaub 9. Sendung, von Radio Glasnost.

Am Mikrofon Ilona Mahrenbach.

Den Startschuß für das heutige Glasnost-Querfeldeinrennen gibt die 9. Synode Berlin-Brandenburg.

Doch das erste Hindernis, das von den Teilnehmern genommen werden muß, ist schon gewaltig hoch. Es kann nicht so einfach übersprungen werden. So bemühen sich die Sportler, es Stück für Stück abzubauen. Es geht um die Ausbürgerungsproblematik.

Unangenehm wird Sport ja erst dann, wenn man ihn betreiben muß, und dann auch noch mit der Waffe in der Hand. Insbesondere junge Männer eines bestimmten Alters haben ja kaum eine Alternative. Sie können eben noch nicht wählen zwischen Wehrdienst und sozialem Friedensdienst, dem zweiten Thema des heutigen Abends.

Sportliche Leistungen werden auch in der Volkswirtschaft erwartet, die sich als 3. Hürde oder Graben den Leuten in den Weg stellt. Insbesondere Kombinatsdirektoren scheinen in diesem Jahr Schwierigkeiten bei diesem Hindernis gehabt zu haben. Mit Planvorsprüngen und Planrückständen befaßt sich ein aktueller Wirtschaftskommentar.

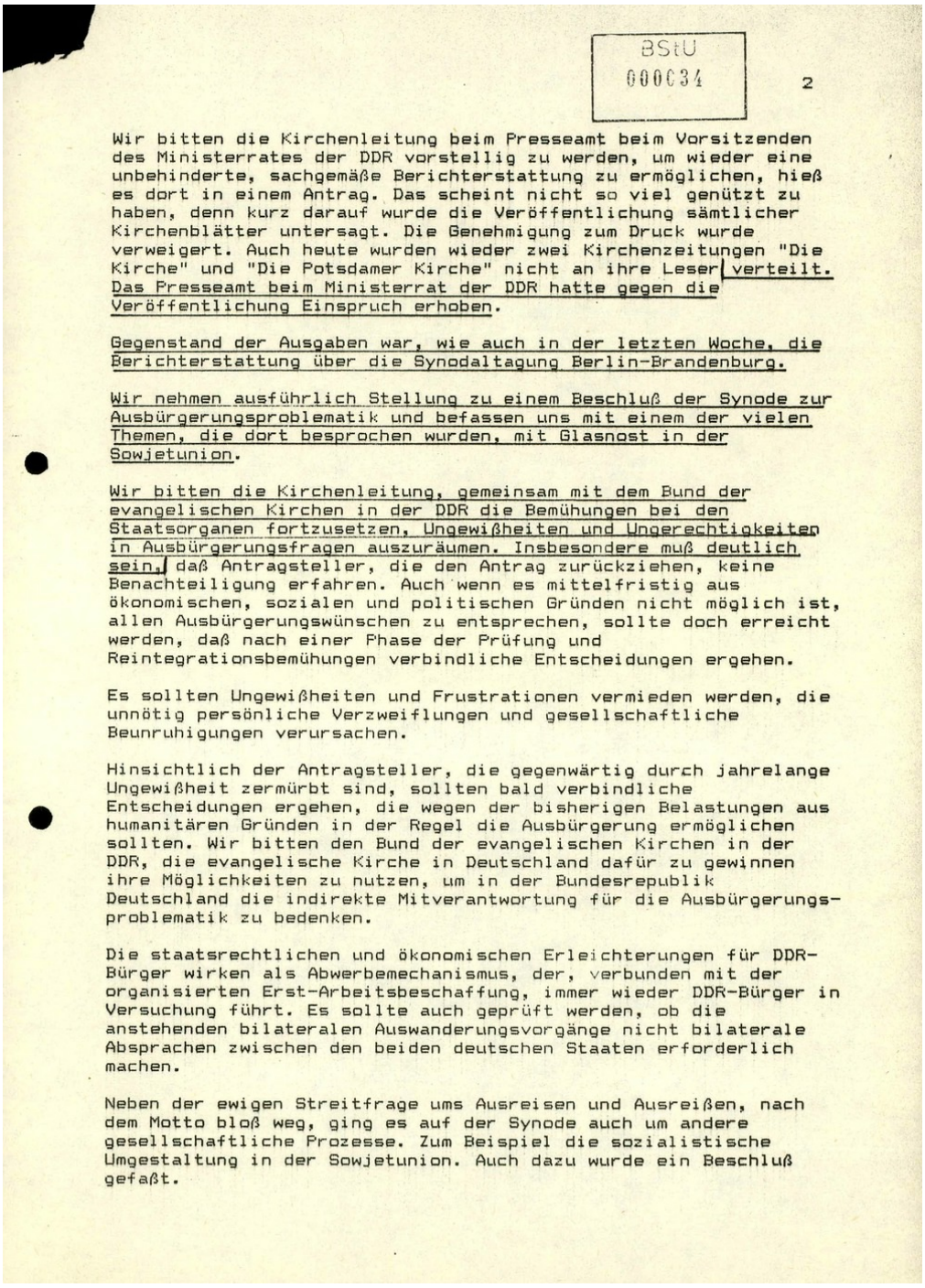
Kurz vor dem Ziel haben wir dann noch etwas für die Bastler unter euch, die bislang immer an der Hürde 100 Megaherz gescheitert sind. Wie dieses Hindernis übersprungen werden kann und Höhen bis zu 103,4 MHz erreicht werden können, erfahrt ihr dann.

Vom 8. bis zum 12. April tagte die Synode Berlin-Brandenburg. Mit Bedauern und Unverständnis wurde dort die Behinderung der Berliner Ausgabe der Wochenzeitung "Die Kirche" festgestellt. Unsere Kirchenzeitungen sind zu fairer und unverkürzter Berichterstattung verpflichtet.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 33

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000034

Wir bitten die Kirchenleitung beim Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorstellig zu werden, um wieder eine unbehinderte, sachgemäße Berichterstattung zu ermöglichen, hieß es dort in einem Antrag. Das scheint nicht so viel genützt zu haben, denn kurz darauf wurde die Veröffentlichung sämtlicher Kirchenblätter untersagt. Die Genehmigung zum Druck wurde verweigert. Auch heute wurden wieder zwei Kirchenzeitungen "Die Kirche" und "Die Potsdamer Kirche" nicht an ihre Leser verteilt. Das Presseamt beim Ministerrat der DDR hatte gegen die Veröffentlichung Einspruch erhoben.

Gegenstand der Ausgaben war, wie auch in der letzten Woche, die Berichterstattung über die Synodaltagung Berlin-Brandenburg.

Wir nehmen ausführlich Stellung zu einem Beschluß der Synode zur Ausbürgerungsproblematik und befassen uns mit einem der vielen Themen, die dort besprochen wurden, mit Glasnost in der Sowjetunion.

Wir bitten die Kirchenleitung, gemeinsam mit dem Bund der evangelischen Kirchen in der DDR die Bemühungen bei den Staatsorganen fortzusetzen, Ungewißheiten und Ungerechtigkeiten in Ausbürgerungsfragen auszuräumen. Insbesondere muß deutlich sein, daß Antragsteller, die den Antrag zurückziehen, keine Benachteiligung erfahren. Auch wenn es mittelfristig aus ökonomischen, sozialen und politischen Gründen nicht möglich ist, allen Ausbürgerungswünschen zu entsprechen, sollte doch erreicht werden, daß nach einer Phase der Prüfung und Reintegrationsbemühungen verbindliche Entscheidungen ergehen.

Es sollten Ungewißheiten und Frustrationen vermieden werden, die unnötig persönliche Verzweiflungen und gesellschaftliche Beunruhigungen verursachen.

Hinsichtlich der Antragsteller, die gegenwärtig durch jahrelange Ungewißheit zermürbt sind, sollten bald verbindliche Entscheidungen ergehen, die wegen der bisherigen Belastungen aus humanitären Gründen in der Regel die Ausbürgerung ermöglichen sollten. Wir bitten den Bund der evangelischen Kirchen in der DDR, die evangelische Kirche in Deutschland dafür zu gewinnen ihre Möglichkeiten zu nutzen, um in der Bundesrepublik Deutschland die indirekte Mitverantwortung für die Ausbürgerungsproblematik zu bedenken.

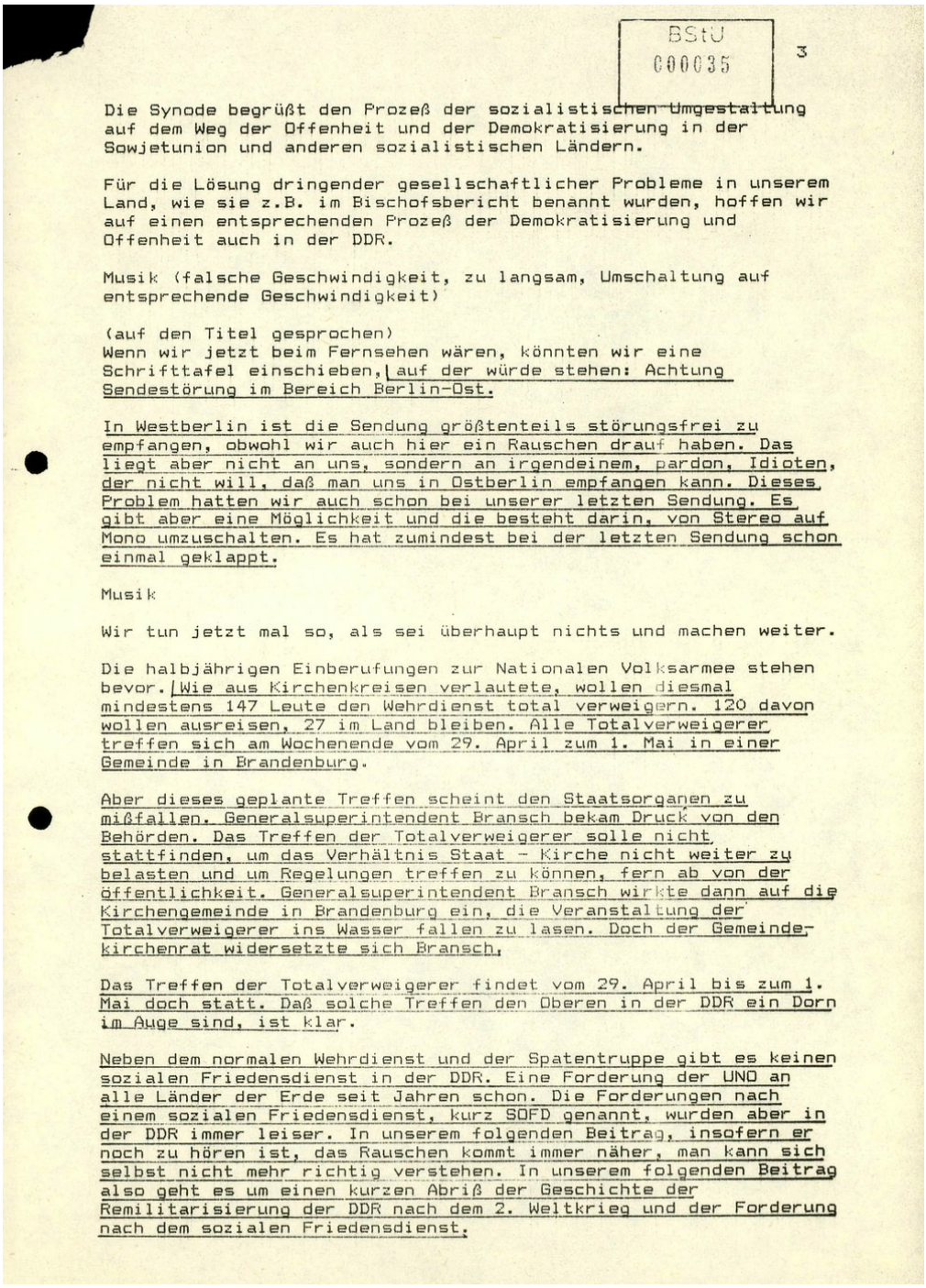
Die staatsrechtlichen und ökonomischen Erleichterungen für DDR-Bürger wirken als Abwerbemechanismus, der, verbunden mit der organisierten Erst-Arbeitsbeschaffung, immer wieder DDR-Bürger in Versuchung führt. Es sollte auch geprüft werden, ob die anstehenden bilateralen Auswanderungsvorgänge nicht bilaterale Absprachen zwischen den beiden deutschen Staaten erforderlich machen.

Neben der ewigen Streitfrage ums Ausreisen und Ausreißen, nach dem Motto bloß weg, ging es auf der Synode auch um andere gesellschaftliche Prozesse. Zum Beispiel die sozialistische Umgestaltung in der Sowjetunion. Auch dazu wurde ein Beschluß gefaßt.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 34

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000035

3

Die Synode begrüßt den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung auf dem Weg der Offenheit und der Demokratisierung in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern.

Für die Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme in unserem Land, wie sie z.B. im Bischofsbericht benannt wurden, hoffen wir auf einen entsprechenden Prozeß der Demokratisierung und Offenheit auch in der DDR.

Musik (falsche Geschwindigkeit, zu langsam, Umschaltung auf entsprechende Geschwindigkeit)

(auf den Titel gesprochen)
Wenn wir jetzt beim Fernsehen wären, könnten wir eine Schrifttafel einschieben, auf der würde stehen: Achtung Sendestörung im Bereich Berlin-Ost.

In Westberlin ist die Sendung größtenteils störungsfrei zu empfangen, obwohl wir auch hier ein Rauschen drauf haben. Das liegt aber nicht an uns, sondern an irgendeinem, pardon, Idioten, der nicht will, daß man uns in Ostberlin empfangen kann. Dieses Problem hatten wir auch schon bei unserer letzten Sendung. Es gibt aber eine Möglichkeit und die besteht darin, von Stereo auf Mono umzuschalten. Es hat zumindest bei der letzten Sendung schon einmal geklappt.

Musik

Wir tun jetzt mal so, als sei überhaupt nichts und machen weiter.

Die halbjährigen Einberufungen zur Nationalen Volksarmee stehen bevor. Wie aus Kirchenkreisen verlautete, wollen diesmal mindestens 147 Leute den Wehrdienst total verweigern. 120 davon wollen ausreisen, 27 im Land bleiben. Alle Totalverweigerer treffen sich am Wochenende vom 29. April zum 1. Mai in einer Gemeinde in Brandenburg.

Aber dieses geplante Treffen scheint den Staatsorganen zu mißfallen. Generalsuperintendent Bransch bekam Druck von den Behörden. Das Treffen der Totalverweigerer solle nicht stattfinden, um das Verhältnis Staat - Kirche nicht weiter zu belasten und um Regelungen treffen zu können, fern ab von der öffentlichkeit. Generalsuperintendent Bransch wirkte dann auf die Kirchengemeinde in Brandenburg ein, die Veranstaltung der Totalverweigerer ins Wasser fallen zu lasen. Doch der Gemeinde-kirchenrat widersetzte sich Bransch.

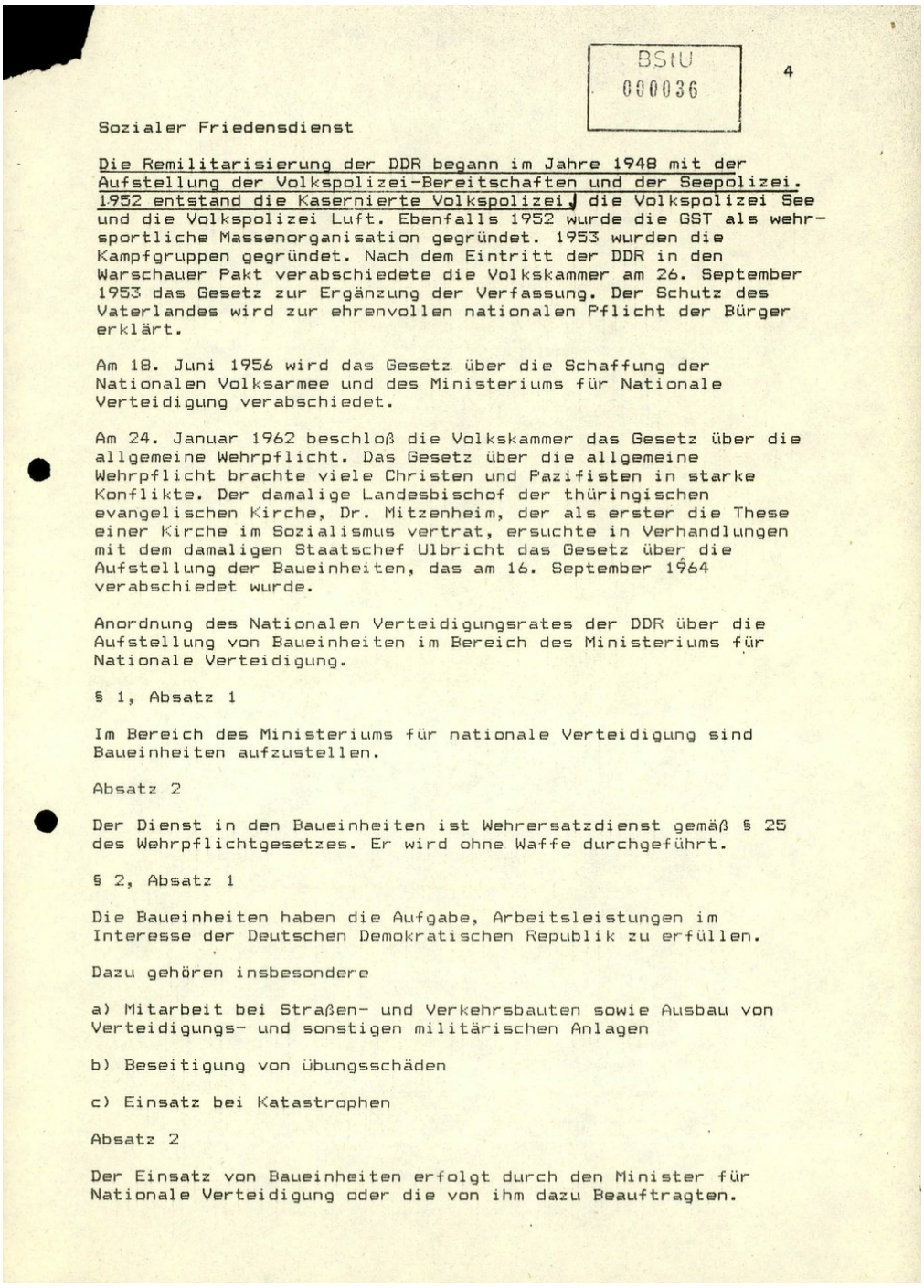
Das Treffen der Totalverweigerer findet vom 29. April bis zum 1. Mai doch statt. Daß solche Treffen den Oberen in der DDR ein Dorn im Auge sind, ist klar.

Neben dem normalen Wehrdienst und der Spatentruppe gibt es keinen sozialen Friedensdienst in der DDR. Eine Forderung der UNO an alle Länder der Erde seit Jahren schon. Die Forderungen nach einem sozialen Friedensdienst, kurz SOFD genannt, wurden aber in der DDR immer leiser. In unserem folgenden Beitrag, insofern er noch zu hören ist, das Rauschen kommt immer näher, man kann sich selbst nicht mehr richtig verstehen. In unserem folgenden Beitrag also geht es um einen kurzen Abriß der Geschichte der Remilitarisierung der DDR nach dem 2. Weltkrieg und der Forderung nach dem sozialen Friedensdienst.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 35

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000036

4

Sozialer Friedensdienst

Die Remilitarisierung der DDR begann im Jahre 1948 mit der Aufstellung der Volkspolizei-Bereitschaften und der Seepolizei. 1952 entstand die Kasernierte Volkspolizei, die Volkspolizei See und die Volkspolizei Luft. Ebenfalls 1952 wurde die GST als wehrsportliche Massenorganisation gegründet. 1953 wurden die Kampfgruppen gegründet. Nach dem Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt verabschiedete die Volkskammer am 26. September 1953 das Gesetz zur Ergänzung der Verfassung. Der Schutz des Vaterlandes wird zur ehrenvollen nationalen Pflicht der Bürger erklärt.

Am 18. Juni 1956 wird das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung verabschiedet.

Am 24. Januar 1962 beschloß die Volkskammer das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht brachte viele Christen und Pazifisten in starke Konflikte. Der damalige Landesbischof der thüringischen evangelischen Kirche, Dr. Mitzenheim, der als erster die These einer Kirche im Sozialismus vertrat, ersuchte in Verhandlungen mit dem damaligen Staatschef Ulbricht das Gesetz über die Aufstellung der Baueinheiten, das am 16. September 1964 verabschiedet wurde.

Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung.

§ 1, Absatz 1

Im Bereich des Ministeriums für nationale Verteidigung sind Baueinheiten aufzustellen.

Absatz 2

Der Dienst in den Baueinheiten ist Wehrersatzdienst gemäß § 25 des Wehrpflichtgesetzes. Er wird ohne Waffe durchgeführt.

§ 2, Absatz 1

Die Baueinheiten haben die Aufgabe, Arbeitsleistungen im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen.

Dazu gehören insbesondere

a) Mitarbeit bei Straßen- und Verkehrsbauten sowie Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen

b) Beseitigung von Übungsschäden

c) Einsatz bei Katastrophen

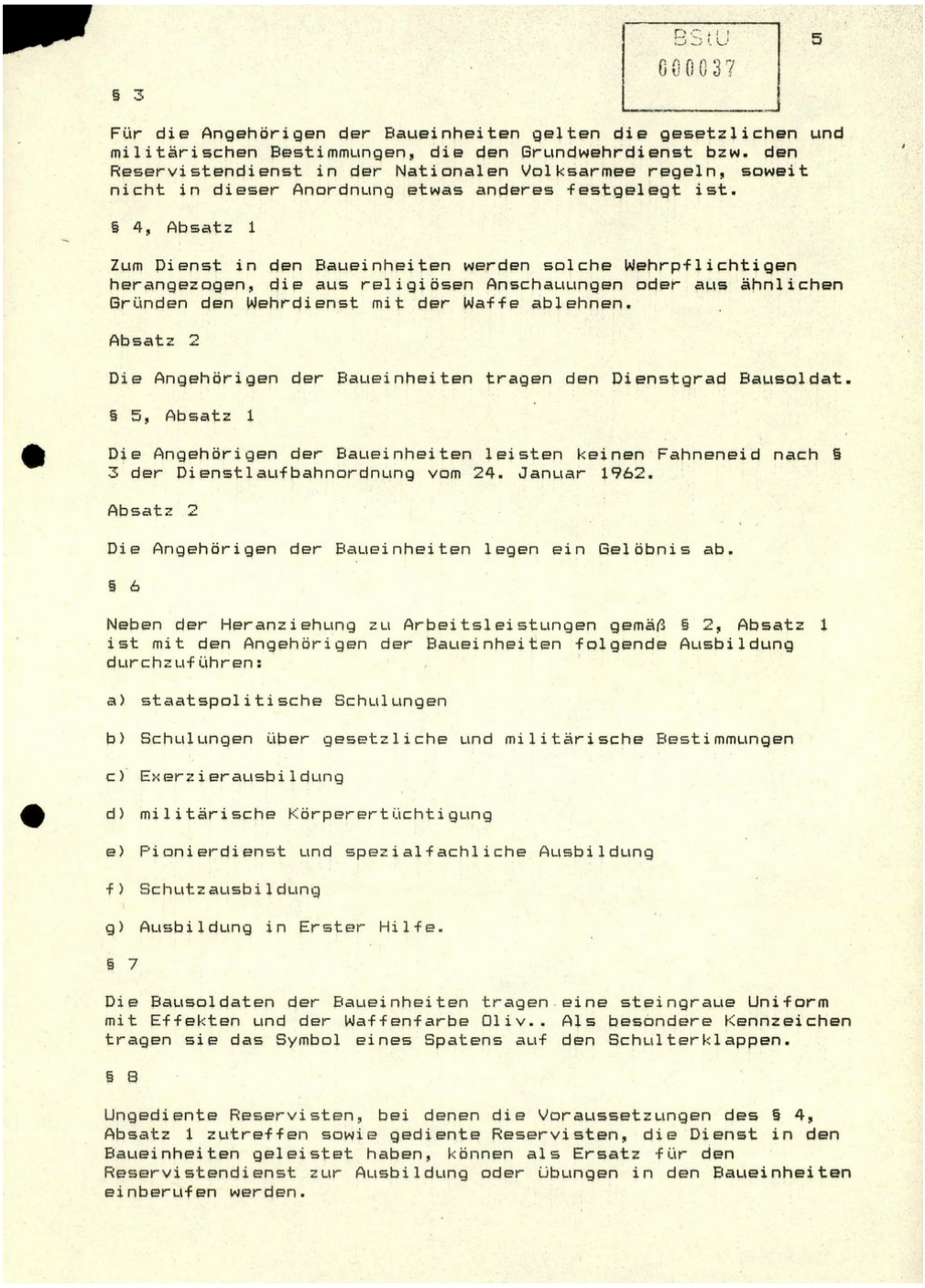
Absatz 2

Der Einsatz von Baueinheiten erfolgt durch den Minister für Nationale Verteidigung oder die von ihm dazu Beauftragten.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 36

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000037

§ 3

Für die Angehörigen der Baueinheiten gelten die gesetzlichen und militärischen Bestimmungen, die den Grundwehrdienst bzw. den Reservistendienst in der Nationalen Volksarmee regeln, soweit nicht in dieser Anordnung etwas anderes festgelegt ist.

§ 4, Absatz 1

Zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen.

Absatz 2

Die Angehörigen der Baueinheiten tragen den Dienstgrad Bausoldat.

§ 5, Absatz 1

Die Angehörigen der Baueinheiten leisten keinen Fahneneid nach § 3 der Dienstlaufbahnordnung vom 24. Januar 1962.

Absatz 2

Die Angehörigen der Baueinheiten legen ein Gelöbnis ab.

§ 6

Neben der Heranziehung zu Arbeitsleistungen gemäß § 2, Absatz 1 ist mit den Angehörigen der Baueinheiten folgende Ausbildung durchzuführen:

a) staatspolitische Schulungen

b) Schulungen über gesetzliche und militärische Bestimmungen

c) Exerzierausbildung

d) militärische Körperertüchtigung

e) Pionierdienst und spezialfachliche Ausbildung

f) Schutzausbildung

g) Ausbildung in Erster Hilfe.

§ 7

Die Bausoldaten der Baueinheiten tragen eine steingraue Uniform mit Effekten und der Waffenfarbe Oliv.. Als besondere Kennzeichen tragen sie das Symbol eines Spatens auf den Schulterklappen.

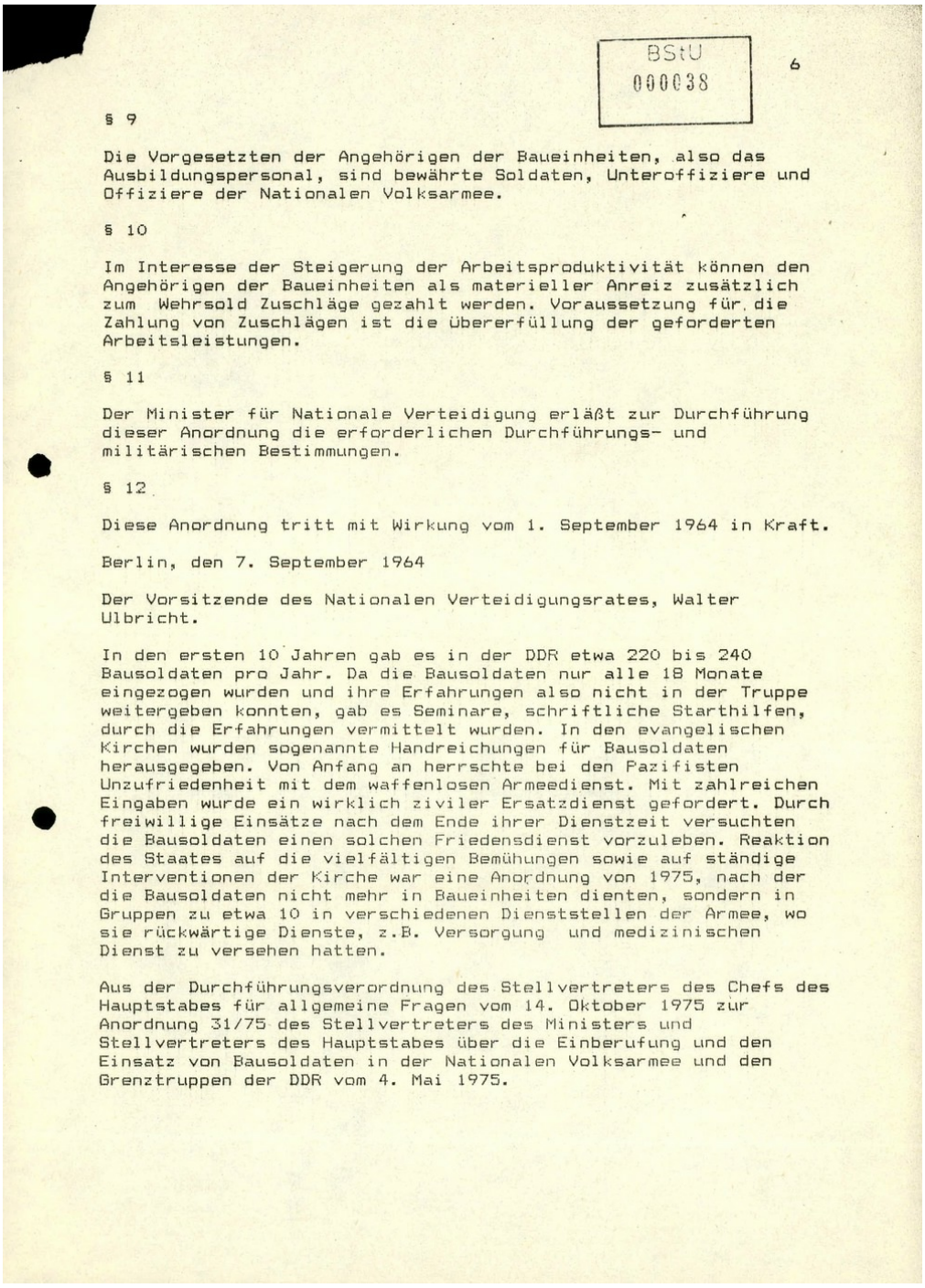
§ 8

Ungediente Reservisten, bei denen die Voraussetzungen des § 4, Absatz 1 zutreffen sowie gediente Reservisten, die Dienst in den Baueinheiten geleistet haben, können als Ersatz für den Reservistendienst zur Ausbildung oder Übungen in den Baueinheiten einberufen werden.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 37

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000038

§ 9

Die Vorgesetzten der Angehörigen der Baueinheiten, also das Ausbildungspersonal, sind bewährte Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee.

§ 10

Im Interesse der Steigerung der Arbeitsproduktivität können den Angehörigen der Baueinheiten als materieller Anreiz zusätzlich zum Wehrsold Zuschläge gezahlt werden. Voraussetzung für die Zahlung von Zuschlägen ist die Übererfüllung der geforderten Arbeitsleistungen.

§ 11

Der Minister für Nationale Verteidigung erläßt zur Durchführung dieser Anordnung die erforderlichen Durchführungs- und militärischen Bestimmungen.

§ 12

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1964 in Kraft.

Berlin, den 7. September 1964

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, Walter Ulbricht.

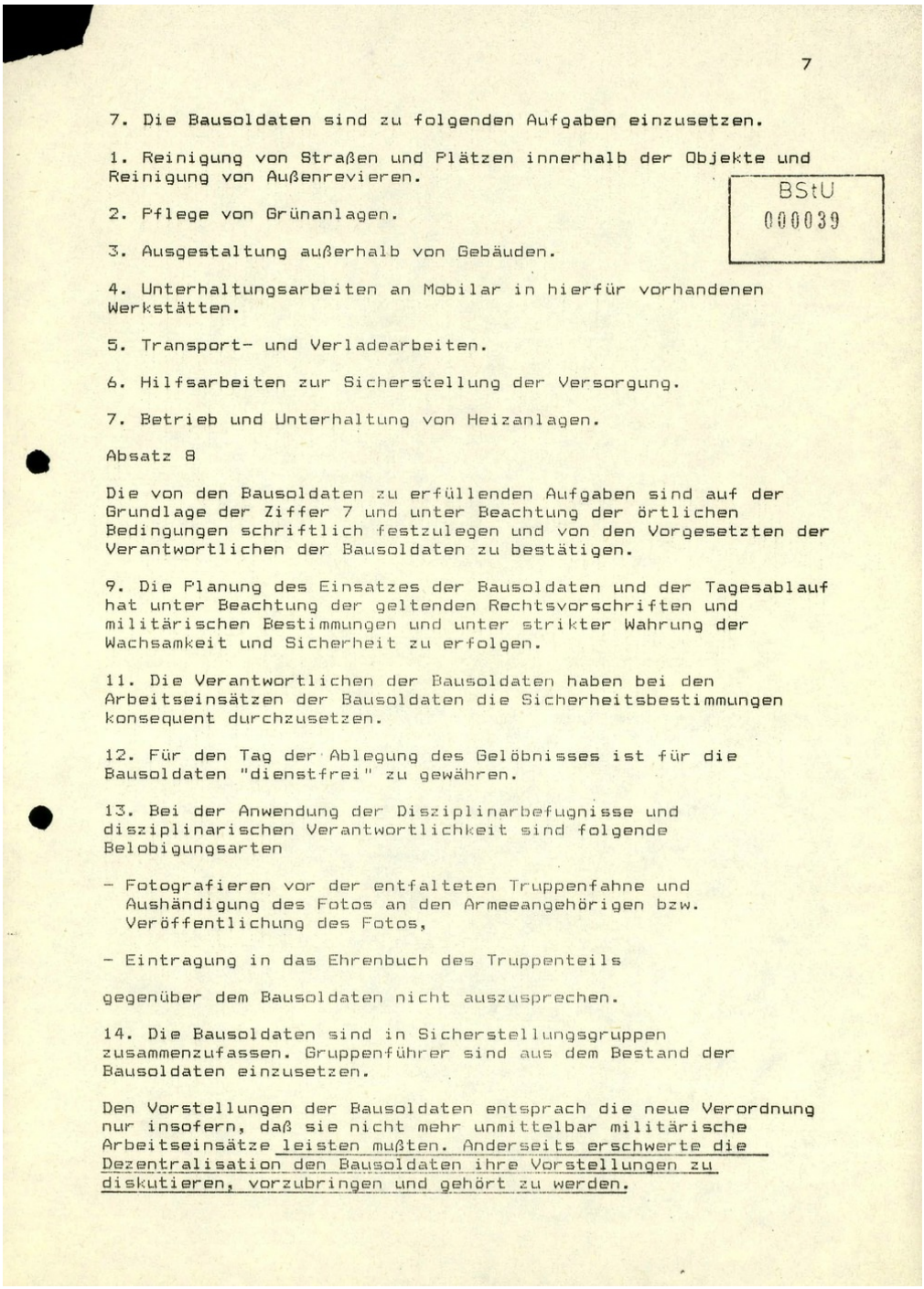
In den ersten 10 Jahren gab es in der DDR etwa 220 bis 240 Bausoldaten pro Jahr. Da die Bausoldaten nur alle 18 Monate eingezogen wurden und ihre Erfahrungen also nicht in der Truppe weitergeben konnten, gab es Seminare, schriftliche Starthilfen, durch die Erfahrungen vermittelt wurden. In den evangelischen Kirchen wurden sogenannte Handreichungen für Bausoldaten herausgegeben. Von Anfang an herrschte bei den Pazifisten Unzufriedenheit mit dem waffenlosen Armeedienst. Mit zahlreichen Eingaben wurde ein wirklich ziviler Ersatzdienst gefordert. Durch freiwillige Einsätze nach dem Ende ihrer Dienstzeit versuchten die Bausoldaten einen solchen Friedensdienst vorzuleben. Reaktion des Staates auf die vielfältigen Bemühungen sowie auf ständige Interventionen der Kirche war eine Anordnung von 1975, nach der die Bausoldaten nicht mehr in Baueinheiten dienten, sondern in Gruppen zu etwa 10 in verschiedenen Dienststellen der Armee, wo sie rückwärtige Dienste, z.B. Versorgung und medizinischen Dienst zu versehen hatten.

Aus der Durchführungsverordnung des Stellvertreters des Chefs des Hauptstabes für allgemeine Fragen vom 14. Oktober 1975 zur Anordnung 31/75 des Stellvertreters des Ministers und Stellvertreters des Hauptstabes über die Einberufung und den Einsatz von Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR vom 4. Mai 1975.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 38

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



7

7. Die Bausoldaten sind zu folgenden Aufgaben einzusetzen.

1. Reinigung von Straßen und Plätzen innerhalb der Objekte und Reinigung von Außenrevieren.

2. Pflege von Grünanlagen.

3. Ausgestaltung außerhalb von Gebäuden.

4. Unterhaltungsarbeiten an Mobilar in hierfür vorhandenen Werkstätten.

5. Transport- und Verladearbeiten.

6. Hilfsarbeiten zur Sicherstellung der Versorgung.

7. Betrieb und Unterhaltung von Heizanlagen.

Absatz 8

Die von den Bausoldaten zu erfüllenden Aufgaben sind auf der Grundlage der Ziffer 7 und unter Beachtung der örtlichen Bedingungen schriftlich festzulegen und von den Vorgesetzten der Verantwortlichen der Bausoldaten zu bestätigen.

9. Die Planung des Einsatzes der Bausoldaten und der Tagesablauf hat unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften und militärischen Bestimmungen und unter strikter Wahrung der Wachsamkeit und Sicherheit zu erfolgen.

11. Die Verantwortlichen der Bausoldaten haben bei den Arbeitseinsätzen der Bausoldaten die Sicherheitsbestimmungen konsequent durchzusetzen.

12. Für den Tag der Ablegung des Gelöbnisses ist für die Bausoldaten "dienstfrei" zu gewähren.

13. Bei der Anwendung der Disziplinarbefugnisse und disziplinarischen Verantwortlichkeit sind folgende Belobigungsarten

- Fotografieren vor der entfalteten Truppenfahne und Aushändigung des Fotos an den Armeeangehörigen bzw. Veröffentlichung des Fotos,

- Eintragung in das Ehrenbuch des Truppenteils

gegenüber dem Bausoldaten nicht auszusprechen.

14. Die Bausoldaten sind in Sicherstellungsgruppen zusammenzufassen. Gruppenführer sind aus dem Bestand der Bausoldaten einzusetzen.

Den Vorstellungen der Bausoldaten entsprach die neue Verordnung nur insofern, daß sie nicht mehr unmittelbar militärische Arbeitseinsätze leisten mußten. Anderseits erschwerte die Dezentralisation den Bausoldaten ihre Vorstellungen zu diskutieren, vorzubringen und gehört zu werden.

BStU
000039

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 39

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"

BStU
000040

Viele betrachteten die Baueinheiten jetzt nur noch als eine privilegierte Minderheit. Sie sahen in der neuen Regelung nur eine Verdunkelung des Charakters der Wehrdienstverweigerung. Es war zu beobachten, daß sich das Interesse der Bausoldaten nach 1976 vorrangig auf die Wahrung ihrer individuellen Freiheit bzw. ihrer persönlichen, religiösen oder moralischen Rechtfertigung richtete.

An dieser Stelle machen wir erst einmal eine kurze Pause. Wir sind hier ja schließlich nicht auf dem Bau im Akkord. Ideologisch zwar auf der anderen Seite der Mauer angesiedelt, gibt das folgende Stück das Gefühl junger Männer wieder, die einen bestimmten Brief erhalten haben.

Musiktitel: Was kann schöner sein auf Erden, als Bundeswehrsoldat zu werden.

(auf Musik gesprochen) Probiert einfach mal aus, ob der Empfang auf Mono besser ist.

Störung (nur Musik)

(auf Musik gesprochen) Achtung, Sendestörung außerhalb unseres Studios, Mono einschalten.

Störung (nur Musik)

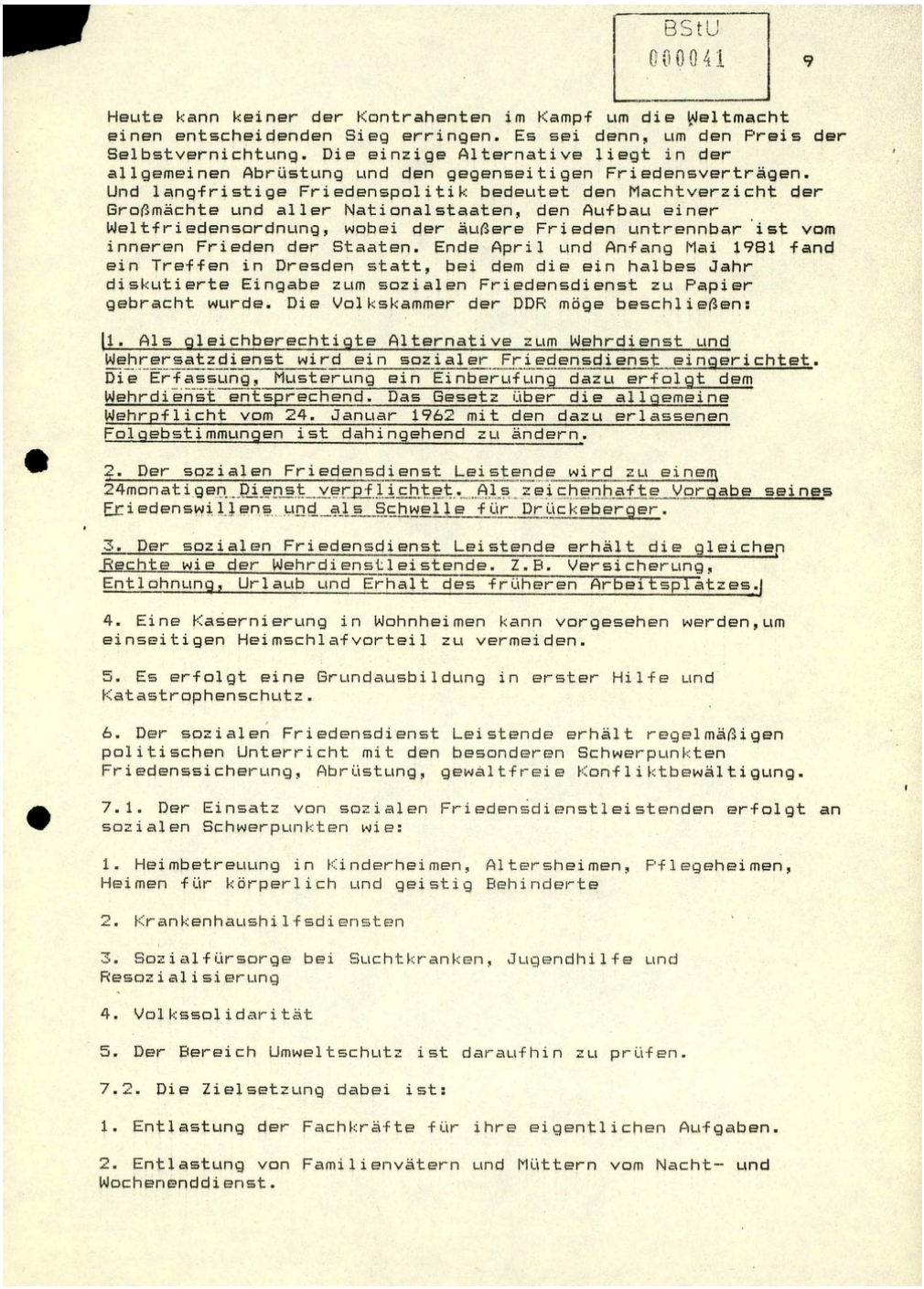
(auf Musik gesprochen) Leistungsfunktionsgestört sind wir im Augenblick auch. Aber ihr könnt sicher sein, wir werden die Sendung wiederholen.

Im ersten Teil des Beitrages ging es um die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates um die Aufstellung von Baueinheiten, um die Einberufung und den Einsatz von Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR. Der zweite Teil leitet über von den Bausoldaten zum sozialen Friedensdienst. In den letzten Jahren nahm die Zahl der Bausoldaten ständig zu. Jedes halbe Jahr dürften etwa 600 Bausoldaten einberufen werden. Die Schwierigkeit als Bausoldat anerkannt zu werden, sind dementsprechend gewachsen. Bei gründlichen Befragungen während der Musterung kommt es oft zu juristischen Falschinformationen und Androhung hoher Strafen. Seit 1983 werden Bausoldaten wieder verstärkt in größeren Einheiten in der Volkswirtschaft, aber auch im militärischen Bereich eingesetzt. Mit der Initiative "Sozialer Friedensdienst", kurz SOFD, von 1981 wurden die Bemühungen aus den 60er Jahren um einen wirklichen zivilen Friedensdienst wieder aufgenommen. War in den 60er Jahren wesentlich mehr eine persönliche Betroffenheit von der Wehrdienstfrage für den Wunsch nach einem sozialen Friedensdienst ausschlaggebend, ist heute die Wahrnehmung der objektiven Zunahme der Rüstung und ihrer gesellschaftlichen Begleiterscheinungen schwerwiegender. Wenn heutige Militärs mit der Barbarenargumentation zur Rüstung gegen den jeweiligen Erbfeind auffordern, muß man entschieden widersprechen. Seit dem 6. August 1945, dem Fall der ersten Atombombe und der seither aufgebauten Atomwaffenbedrohung der Weltmächte ist jeder Krieg, auch der kleinste, mit konventionellen Waffen geführte, zu einer Gefahr für das Ausbrechen des Atomkrieges und dem Untergang der Menschheit geworden.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 40

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000041

Heute kann keiner der Kontrahenten im Kampf um die Weltmacht einen entscheidenden Sieg erringen. Es sei denn, um den Preis der Selbstvernichtung. Die einzige Alternative liegt in der allgemeinen Abrüstung und den gegenseitigen Friedensverträgen. Und langfristige Friedenspolitik bedeutet den Machtverzicht der Großmächte und aller Nationalstaaten, den Aufbau einer Weltfriedensordnung, wobei der äußere Frieden untrennbar ist vom inneren Frieden der Staaten. Ende April und Anfang Mai 1981 fand ein Treffen in Dresden statt, bei dem die ein halbes Jahr diskutierte Eingabe zum sozialen Friedensdienst zu Papier gebracht wurde. Die Volkskammer der DDR möge beschließen:

1. Als gleichberechtigte Alternative zum Wehrdienst und Wehrersatzdienst wird ein sozialer Friedensdienst eingerichtet. Die Erfassung, Musterung ein Einberufung dazu erfolgt dem Wehrdienst entsprechend. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht vom 24. Januar 1962 mit den dazu erlassenen Folgebstimmungen ist dahingehend zu ändern.

2. Der sozialen Friedensdienst Leistende wird zu einem 24monatigen Dienst verpflichtet. Als zeichenhafte Vorgabe seines Friedenswillens und als Schwelle für Drückeberger.

3. Der sozialen Friedensdienst Leistende erhält die gleichen Rechte wie der Wehrdienstleistende. Z.B. Versicherung, Entlohnung, Urlaub und Erhalt des früheren Arbeitsplätzes.

4. Eine Kasernierung in Wohnheimen kann vorgesehen werden,um einseitigen Heimschlafvorteil zu vermeiden.

5. Es erfolgt eine Grundausbildung in erster Hilfe und Katastrophenschutz.

6. Der sozialen Friedensdienst Leistende erhält regelmäßigen politischen Unterricht mit den besonderen Schwerpunkten Friedenssicherung, Abrüstung, gewaltfreie Konfliktbewältigung.

7.1. Der Einsatz von sozialen Friedensdienstleistenden erfolgt an sozialen Schwerpunkten wie:

1. Heimbetreuung in Kinderheimen, Altersheimen, Pflegeheimen, Heimen für körperlich und geistig Behinderte

2. Krankenhaushilfsdiensten

3. Sozialfürsorge bei Suchtkranken, Jugendhilfe und Resozialisierung

4. Volkssolidarität

5. Der Bereich Umweltschutz ist daraufhin zu prüfen.

7.2. Die Zielsetzung dabei ist:

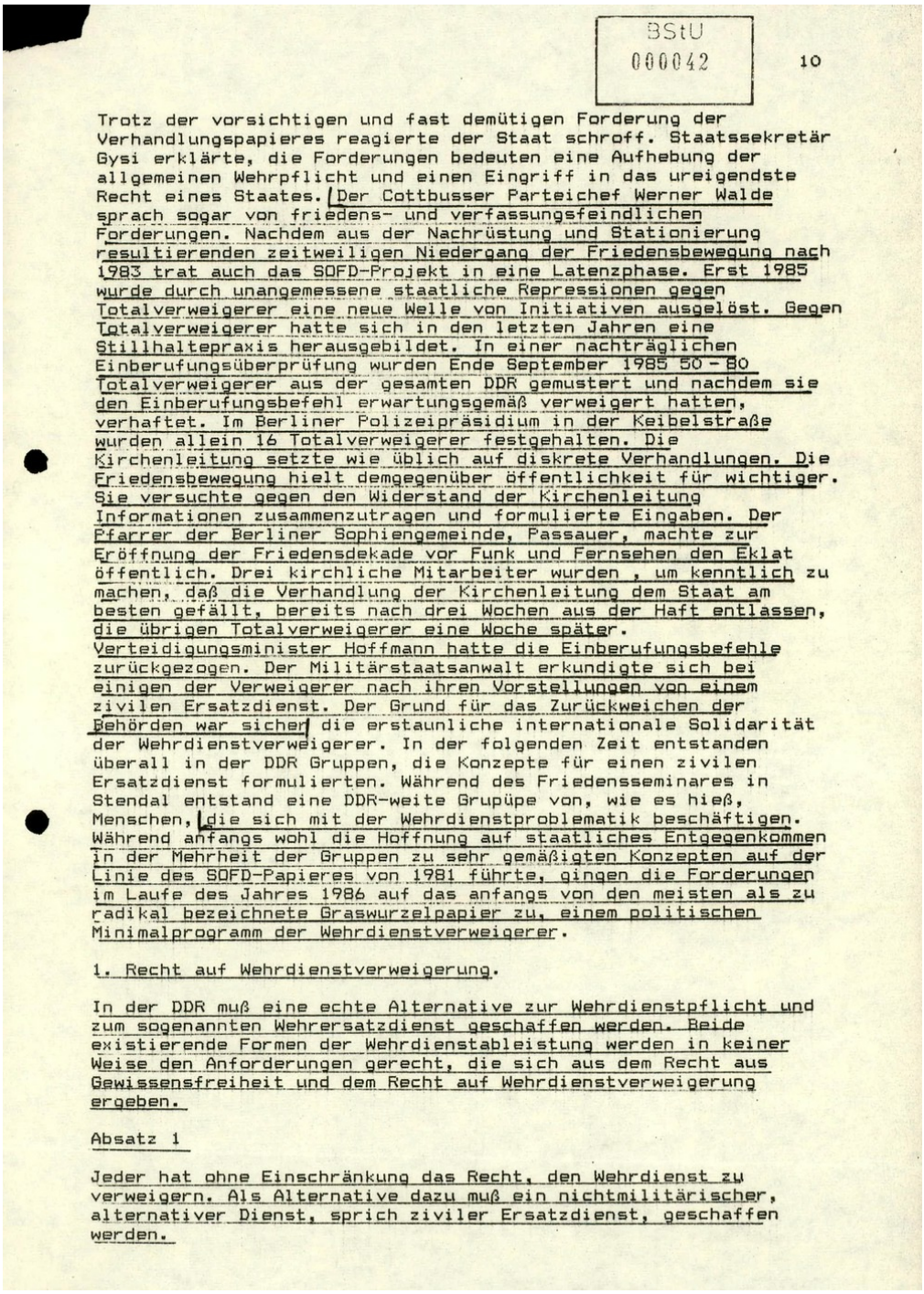
1. Entlastung der Fachkräfte für ihre eigentlichen Aufgaben.

2. Entlastung von Familienvätern und Müttern vom Nacht- und Wochenenddienst.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 41

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000042

10

Trotz der vorsichtigen und fast demütigen Forderung der Verhandlungspapieres reagierte der Staat schroff. Staatssekretär Gysi erklärte, die Forderungen bedeuten eine Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und einen Eingriff in das ureigendste Recht eines Staates. Der Cottbusser Parteichef Werner Walde sprach sogar von friedens- und verfassungsfeindlichen Forderungen. Nachdem aus der Nachrüstung und Stationierung resultierenden zeitweiligen Niedergang der Friedensbewegung nach 1983 trat auch das SOFD-Projekt in eine Latenzphase. Erst 1985 wurde durch unangemessene staatliche Repressionen gegen Totalverweigerer eine neue Welle von Initiativen ausgelöst. Gegen Totalverweigerer hatte sich in den letzten Jahren eine Stillhaltepraxis herausgebildet. In einer nachträglichen Einberufungsüberprüfung wurden Ende September 1985 50 - 80 Totalverweigerer aus der gesamten DDR gemustert und nachdem sie den Einberufungsbefehl erwartungsgemäß verweigert hatten, verhaftet. Im Berliner Polizeipräsidium in der Keibelstraße wurden allein 16 Totalverweigerer festgehalten. Die Kirchenleitung setzte wie üblich auf diskrete Verhandlungen. Die Friedensbewegung hielt demgegenüber öffentlichkeit für wichtiger. Sie versuchte gegen den Widerstand der Kirchenleitung Informationen zusammenzutragen und formulierte Eingaben. Der Pfarrer der Berliner Sophiengemeinde, Passauer, machte zur Eröffnung der Friedensdekade vor Funk und Fernsehen den Eklat öffentlich. Drei kirchliche Mitarbeiter wurden , um kenntlich zu machen, daß die Verhandlung der Kirchenleitung dem Staat am besten gefällt, bereits nach drei Wochen aus der Haft entlassen, die übrigen Totalverweigerer eine Woche später. Verteidigungsminister Hoffmann hatte die Einberufungsbefehle zurückgezogen. Der Militärstaatsanwalt erkundigte sich bei einigen der Verweigerer nach ihren Vorstellungen von einem zivilen Ersatzdienst. Der Grund für das Zurückweichen der Behörden war sicher die erstaunliche internationale Solidarität der Wehrdienstverweigerer. In der folgenden Zeit entstanden überall in der DDR Gruppen, die Konzepte für einen zivilen Ersatzdienst formulierten. Während des Friedensseminares in Stendal entstand eine DDR-weite Grupüpe von, wie es hieß, Menschen, die sich mit der Wehrdienstproblematik beschäftigen. Während anfangs wohl die Hoffnung auf staatliches Entgegenkommen in der Mehrheit der Gruppen zu sehr gemäßigten Konzepten auf der Linie des SOFD-Papieres von 1981 führte, gingen die Forderungen im Laufe des Jahres 1986 auf das anfangs von den meisten als zu radikal bezeichnete Graswurzelpapier zu, einem politischen Minimalprogramm der Wehrdienstverweigerer.

1. Recht auf Wehrdienstverweigerung.

In der DDR muß eine echte Alternative zur Wehrdienstpflicht und zum sogenannten Wehrersatzdienst geschaffen werden. Beide existierende Formen der Wehrdienstableistung werden in keiner Weise den Anforderungen gerecht, die sich aus dem Recht aus Gewissensfreiheit und dem Recht auf Wehrdienstverweigerung ergeben.

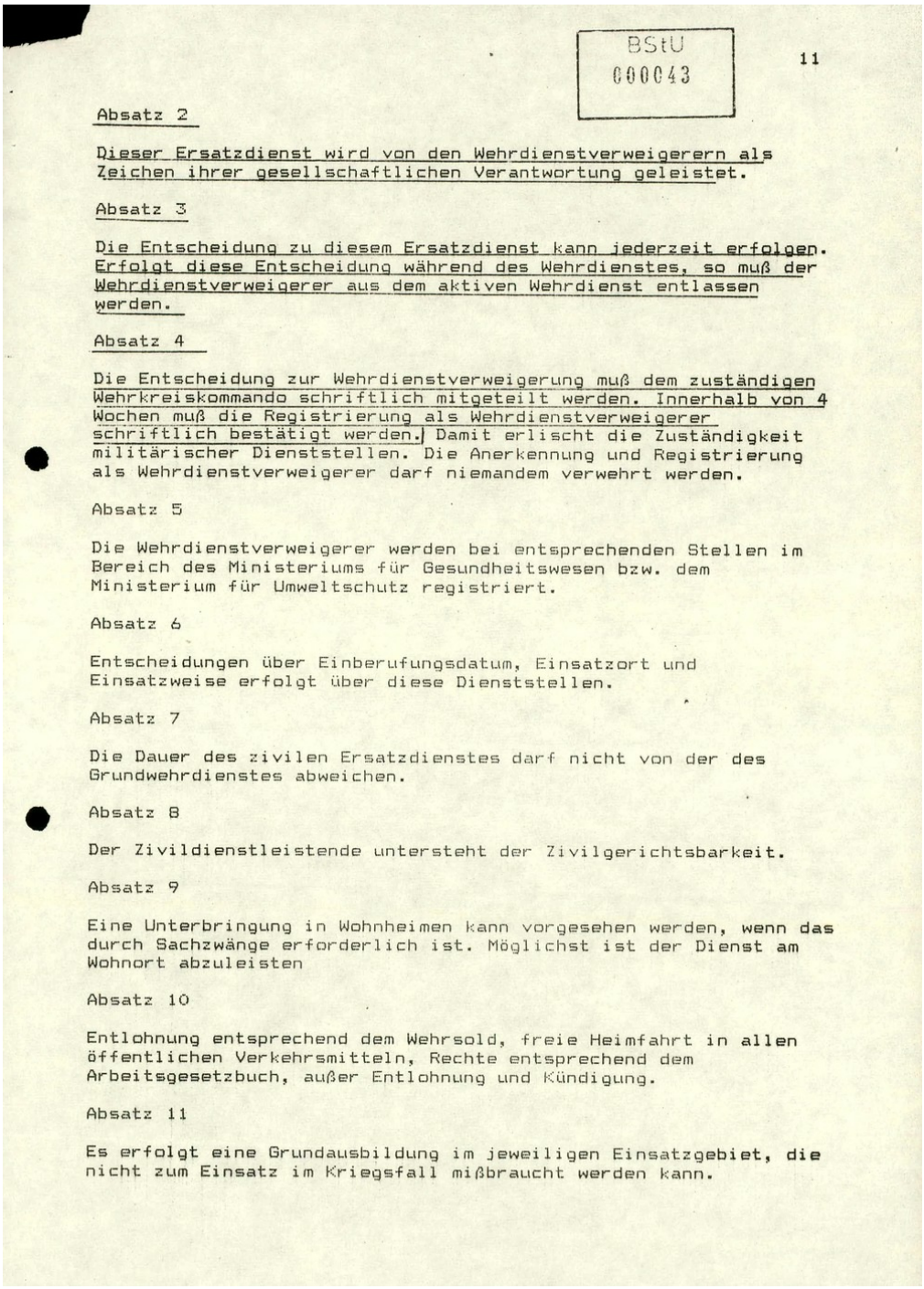
Absatz 1

Jeder hat ohne Einschränkung das Recht, den Wehrdienst zu verweigern. Als Alternative dazu muß ein nichtmilitärischer, alternativer Dienst, sprich ziviler Ersatzdienst, geschaffen werden.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 42

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



BStU
000043

Absatz 2

Dieser Ersatzdienst wird von den Wehrdienstverweigerern als Zeichen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung geleistet.

Absatz 3

Die Entscheidung zu diesem Ersatzdienst kann jederzeit erfolgen. Erfolgt diese Entscheidung während des Wehrdienstes, so muß der Wehrdienstverweigerer aus dem aktiven Wehrdienst entlassen werden.

Absatz 4

Die Entscheidung zur Wehrdienstverweigerung muß dem zuständigen Wehrkreiskommando schriftlich mitgeteilt werden. Innerhalb von 4 Wochen muß die Registrierung als Wehrdienstverweigerer schriftlich bestätigt werden. Damit erlischt die Zuständigkeit militärischer Dienststellen. Die Anerkennung und Registrierung als Wehrdienstverweigerer darf niemandem verwehrt werden.

Absatz 5

Die Wehrdienstverweigerer werden bei entsprechenden Stellen im Bereich des Ministeriums für Gesundheitswesen bzw. dem Ministerium für Umweltschutz registriert.

Absatz 6

Entscheidungen über Einberufungsdatum, Einsatzort und Einsatzweise erfolgt über diese Dienststellen.

Absatz 7

Die Dauer des zivilen Ersatzdienstes darf nicht von der des Grundwehrdienstes abweichen.

Absatz 8

Der Zivildienstleistende untersteht der Zivilgerichtsbarkeit.

Absatz 9

Eine Unterbringung in Wohnheimen kann vorgesehen werden, wenn das durch Sachzwänge erforderlich ist. Möglichst ist der Dienst am Wohnort abzuleisten

Absatz 10

Entlohnung entsprechend dem Wehrsold, freie Heimfahrt in allen öffentlichen Verkehrsmitteln, Rechte entsprechend dem Arbeitsgesetzbuch, außer Entlohnung und Kündigung.

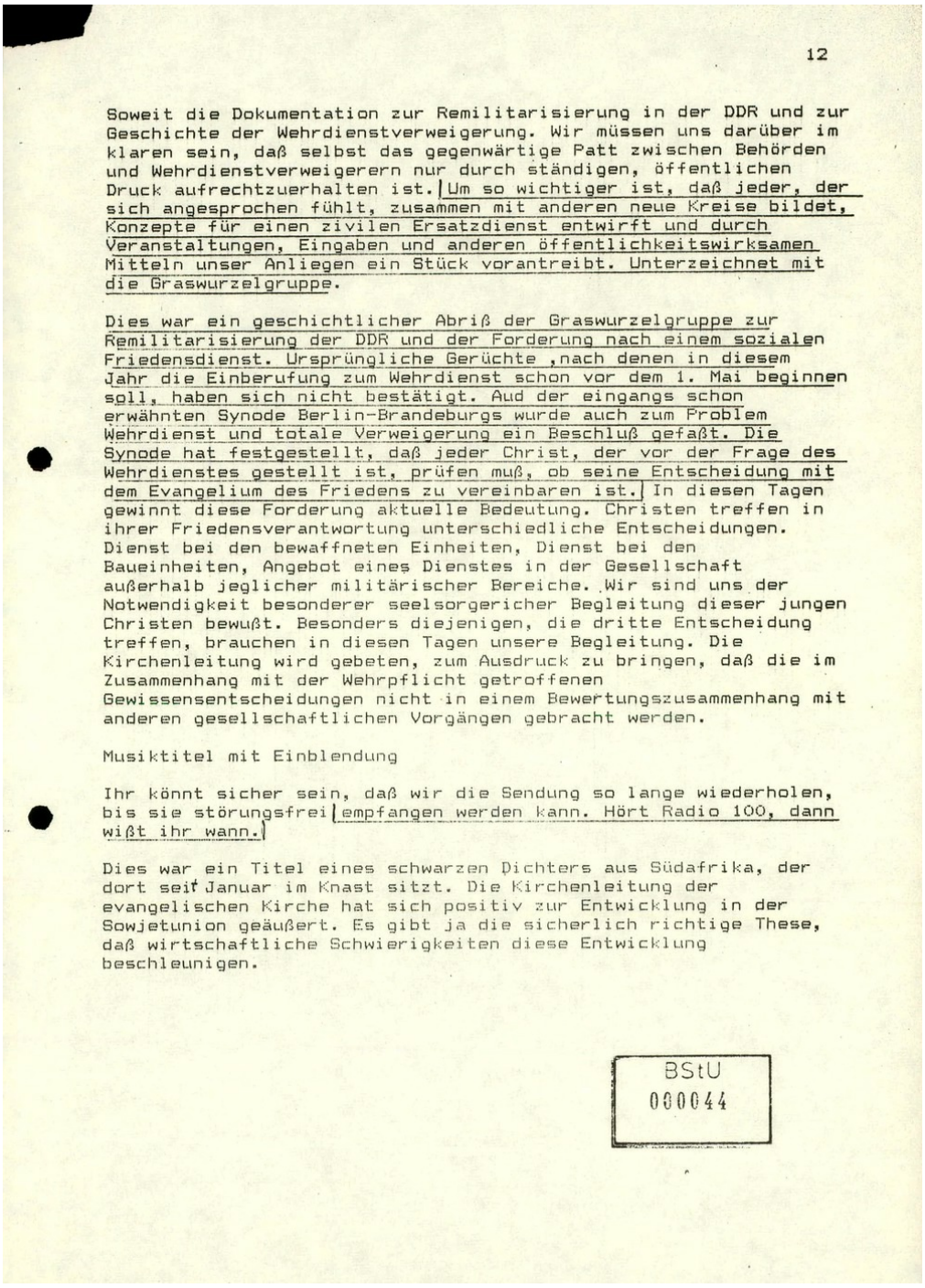
Absatz 11

Es erfolgt eine Grundausbildung im jeweiligen Einsatzgebiet, die nicht zum Einsatz im Kriegsfall mißbraucht werden kann.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 43

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



12

Soweit die Dokumentation zur Remilitarisierung in der DDR und zur Geschichte der Wehrdienstverweigerung. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß selbst das gegenwärtige Patt zwischen Behörden und Wehrdienstverweigerern nur durch ständigen, öffentlichen Druck aufrechtzuerhalten ist. Um so wichtiger ist, daß jeder, der sich angesprochen fühlt, zusammen mit anderen neue Kreise bildet, Konzepte für einen zivilen Ersatzdienst entwirft und durch Veranstaltungen, Eingaben und anderen öffentlichkeitswirksamen Mitteln unser Anliegen ein Stück vorantreibt. Unterzeichnet mit die Graswurzelgruppe.

Dies war ein geschichtlicher Abriß der Graswurzelgruppe zur Remilitarisierung der DDR und der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst. Ursprüngliche Gerüchte ,nach denen in diesem Jahr die Einberufung zum Wehrdienst schon vor dem 1. Mai beginnen soll, haben sich nicht bestätigt. Aud der eingangs schon erwähnten Synode Berlin-Brandeburgs wurde auch zum Problem Wehrdienst und totale Verweigerung ein Beschluß gefaßt. Die Synode hat festgestellt, daß jeder Christ, der vor der Frage des Wehrdienstes gestellt ist, prüfen muß, ob seine Entscheidung mit dem Evangelium des Friedens zu vereinbaren ist. In diesen Tagen gewinnt diese Forderung aktuelle Bedeutung. Christen treffen in ihrer Friedensverantwortung unterschiedliche Entscheidungen. Dienst bei den bewaffneten Einheiten, Dienst bei den Baueinheiten, Angebot eines Dienstes in der Gesellschaft außerhalb jeglicher militärischer Bereiche. Wir sind uns der Notwendigkeit besonderer seelsorgericher Begleitung dieser jungen Christen bewußt. Besonders diejenigen, die dritte Entscheidung treffen, brauchen in diesen Tagen unsere Begleitung. Die Kirchenleitung wird gebeten, zum Ausdruck zu bringen, daß die im Zusammenhang mit der Wehrpflicht getroffenen Gewissensentscheidungen nicht in einem Bewertungszusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Vorgängen gebracht werden.

Musiktitel mit Einblendung

Ihr könnt sicher sein, daß wir die Sendung so lange wiederholen, bis sie störungsfrei empfangen werden kann. Hört Radio 100, dann wißt ihr wann.

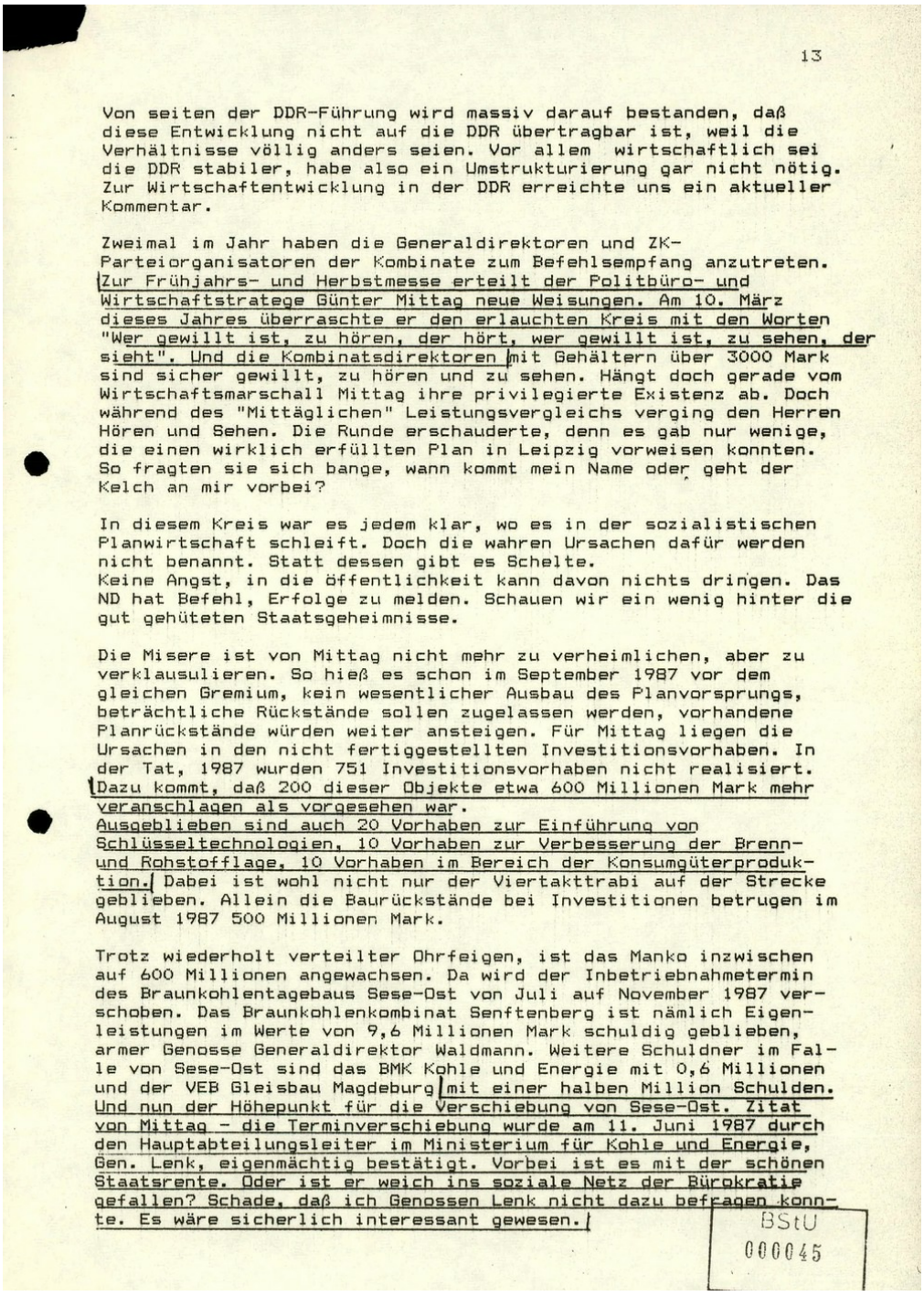
Dies war ein Titel eines schwarzen Dichters aus Südafrika, der dort seit Januar im Knast sitzt. Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche hat sich positiv zur Entwicklung in der Sowjetunion geäußert. Es gibt ja die sicherlich richtige These, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten diese Entwicklung beschleunigen.

BStU
000044

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 44

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



13

Von seiten der DDR-Führung wird massiv darauf bestanden, daß diese Entwicklung nicht auf die DDR übertragbar ist, weil die Verhältnisse völlig anders seien. Vor allem wirtschaftlich sei die DDR stabiler, habe also ein Umstrukturierung gar nicht nötig. Zur Wirtschaftentwicklung in der DDR erreichte uns ein aktueller Kommentar.

Zweimal im Jahr haben die Generaldirektoren und ZK-Parteiorganisatoren der Kombinate zum Befehlsempfang anzutreten. Zur Frühjahrs- und Herbstmesse erteilt der Politbüro- und Wirtschaftstratege Günter Mittag neue Weisungen. Am 10. März dieses Jahres überraschte er den erlauchten Kreis mit den Worten "Wer gewillt ist, zu hören, der hört, wer gewillt ist, zu sehen, der sieht". Und die Kombinatsdirektoren mit Gehältern über 3000 Mark sind sicher gewillt, zu hören und zu sehen. Hängt doch gerade vom Wirtschaftsmarschall Mittag ihre privilegierte Existenz ab. Doch während des "Mittäglichen" Leistungsvergleichs verging den Herren Hören und Sehen. Die Runde erschauderte, denn es gab nur wenige, die einen wirklich erfüllten Plan in Leipzig vorweisen konnten. So fragten sie sich bange, wann kommt mein Name oder geht der Kelch an mir vorbei?

In diesem Kreis war es jedem klar, wo es in der sozialistischen Planwirtschaft schleift. Doch die wahren Ursachen dafür werden nicht benannt. Statt dessen gibt es Schelte.
Keine Angst, in die öffentlichkeit kann davon nichts dringen. Das ND hat Befehl, Erfolge zu melden. Schauen wir ein wenig hinter die gut gehüteten Staatsgeheimnisse.

Die Misere ist von Mittag nicht mehr zu verheimlichen, aber zu verklausulieren. So hieß es schon im September 1987 vor dem gleichen Gremium, kein wesentlicher Ausbau des Planvorsprungs, beträchtliche Rückstände sollen zugelassen werden, vorhandene Planrückstände würden weiter ansteigen. Für Mittag liegen die Ursachen in den nicht fertiggestellten Investitionsvorhaben. In der Tat, 1987 wurden 751 Investitionsvorhaben nicht realisiert. Dazu kommt, daß 200 dieser Objekte etwa 600 Millionen Mark mehr veranschlagen als vorgesehen war.
Ausgeblieben sind auch 20 Vorhaben zur Einführung von Schlüsseltechnologien, 10 Vorhaben zur Verbesserung der Brenn- und Rohstofflage, 10 Vorhaben im Bereich der Konsumgüterproduktion. Dabei ist wohl nicht nur der Viertakttrabi auf der Strecke geblieben. Allein die Baurückstände bei Investitionen betrugen im August 1987 500 Millionen Mark.

Trotz wiederholt verteilter Ohrfeigen, ist das Manko inzwischen auf 600 Millionen angewachsen. Da wird der Inbetriebnahmetermin des Braunkohlentagebaus Sese-Ost von Juli auf November 1987 verschoben. Das Braunkohlenkombinat Senftenberg ist nämlich Eigenleistungen im Werte von 9,6 Millionen Mark schuldig geblieben, armer Genosse Generaldirektor Waldmann. Weitere Schuldner im Falle von Sese-Ost sind das BMK Kohle und Energie mit 0,6 Millionen und der VEB Gleisbau Magdeburg mit einer halben Million Schulden. Und nun der Höhepunkt für die Verschiebung von Sese-Ost. Zitat von Mittag - die Terminverschiebung wurde am 11. Juni 1987 durch den Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Kohle und Energie, Gen. Lenk, eigenmächtig bestätigt. Vorbei ist es mit der schönen Staatsrente. Oder ist er weich ins soziale Netz der Bürokratie gefallen? Schade, daß ich Genossen Lenk nicht dazu befragen konnte. Es wäre sicherlich interessant gewesen.

BStU
000045

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 45

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"

Im November 87 schätzte das Politbüro die wirtschaftliche Gesamtsituation folgendermaßen ein:

1. Statt 50%iger Reduzierung der Verschuldung im westlichen Ausland ein Anstieg um 50 %.

2. Katastrophale Energiesituation, es werden ganzjährig Energieimporte aus dem Westen erforderlich.

3. Die Kooperationsbeziehungen in der Industrie sind stark gestört.

4. Das Reichsbahnnetz ist zu einem erheblichen Teil verschlissen.

5. Im Staatshaushalt fehlen gegenwärtig 2,8 Millionen Mark.

BStU 000046

Die Lage ist ernst, daß ist nun auch bis ins Politbüro gedrungen. Wir merken es schon lange, doch öffentlich aussprechen darf man es immer noch nicht. Das es bergab geht, soll ein Geheimnis bleiben. Vielleicht meinen auch die Herren im Politbüro, es klamheimlich wieder hinzukriegen - ganz ohne uns. Leitende Wirtschaftskader raunten sich bereits im Herbst 1987 Vergleiche mit Ulbrichts Schicksalsjahr 1970 ins Ohr.
Und so verschieden sind die Symptome der Krisenerscheinungen wirklich nicht: Es gibt nach wie vor riesige Produktionsrückstände zu den entwickelten kapitalistischen Staaten. Zur BRD sind das 30 - 50 Prozent.

Die mangelnde Inovationskraft und ständige Probleme mit der Qualitätsproduktion garantieren weiterhin die abnehmende Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Immer wieder treten Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung und in der Wirtschaft auf. Der finanzielle Zuschuß für festgeschriebene Niedrigpreise hat mittlerweile die Wahnsinnshöhe von 50 Milliarden Mark im Jahr erreicht. Weder bei Honecker noch bei Mittag sind Ansätze zu finden, die wirklichen Ursachen für die chronische Antriebsschwäche unserer Wirtschaft zu beseitigen. Sichtbar wird nur Schema F, die weitere Perfektionierung der Befehls- und Kommandowirtschaft. Das stürzt zwar die Bürokratie in ratlose Aktivität, weil sie sich für das eigentliche Antriebaggregat hält, doch die Befehle und Kommandos verhallen wirkungslos im knirschenden Räderwerk. Zwischendurch klingen manche Worte des Obermaschinisten ganz vernünftig. Zum Beispiel, es muß daher Schluß gemacht werden mit der eingerissenen Praxis, sich gegenseitig die Verantwortung für Versäumnisse zuzuschieben. Es gilt, in die wirklichen Ursachen für die eingetretene Lage einzudringen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

- Musik mit Einblendung "Guten Morgen, Herr Mittag"

Doch allein das Wort Ursache in den Mund zu nehmen, ist noch kein Beweis dafür, diese auch erkannt zu haben. Das Sparprogramm, daß gegen die Misere verordnet wurde, beinhaltet keine Strategie, die an Ursachen orientiert ist. Es wird auf weitere Importreduzierungen gesetzt, der Einsatz von Armeeangehörigen in der Konsumgüterproduktion soll den Produktionszuwachs sichern. Die DDR-Vertretungen im Ausland müssen sich einschränken, Gelder für Dienstreisen ins Ausland werden gekürzt. Wo möglich Verringerung der Subventionen, außer bei Waren des Grundbedarfs. Bestände sollen abgebaut werden und noch Energie eingespart. Na dann man tau.

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"

"Es war einmal ein Kapitän, der wollte wieder Land mal sehen. Sein Schiff fuhr auf 'ne Sandbank drauf, so nahm die Sache ihren Lauf. Noch ging's dem Käp'tn gut an Bord, die Crew hört auch auf jedes Wort. Verschweigt er doch die wahre Lage, nun warten wir auf jene Tage, die erhellen die Misere, greift die Schraube doch ins Leere. "

- Musiktitel

Bis zum 30. 11. letzten Jahres haben wir noch auf der Frequenz 100,6 MHz gesendet, das war im UKW-Bereich, der gerade noch vom alten Röhrenradio empfangen werden konnte. Mit dem Wechsel auf 103,4 MHz kam das Empfangs-Aus für diese alten Kisten, die sich hauptsächlichst noch als Küchenradios bewähren. Aber das muß nicht sein, es gibt Möglichkeiten, diese Apparate umzurüsten. Ich würde ja so etwas gar nicht erst probieren, aber es soll Leute geben, die nicht solche technischen Trampel sind wie ich. Für die folgende Bastelanleitung übernehme ich keine Gewähr. Wahrscheinlich kann sie außerhalb Schönebergs ehe niemand mehr hören. Las ich doch neulich in der Berliner Zeitung, daß es ein leichtes ist, mit einem Radio, dessen Frequenzbereich nur bis 100 MHz geht, den neuen Jugendsender zu hören. Der liegt auf 102 MHz. Da war es doch ein Leichtes, gleich Radio 100 auf 103,4 MHz einzustellen. Dazu braucht man nur folgendes zu tun:

Gehäuse abbauen, bis man an die Eingeweide ....
(Beschreibung analog der in der Berliner Zeitung)
Stecker in die Dose und los geht's mit Radio 100, viel Spaß und weitersagen.)

Und wie immer zum Schluß noch ein paar Tips:

- Heute Abend, gleich nach der Sendung findet in der Zionskirche eine Andacht zum zweiten Jahrestag (von Tschernobyl statt. Die Zionskirche ist am Zionskirchplatz.)

- Morgen, am 26. 04., geht es um den Umweltschutz und die Probleme der Errichtung von Industriebetrieben. Und zwar findet das Ganze im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße im Pressezentrum in der 4. Etage statt, um 16.00 Uhr. Zu diesem Thema gibt es übrigens einen spannenden Bericht, in der neuen Monatszeitung "Moscow News". Eine Bürgerinitiative im Ural kämpft für saubere Luft. Leider ist "Moscow News" nur in der BRD erhältlich, obwohl von der sowjetischen Nachrichtenagentur "Nowosty" herausgegeben, bestehen zur Zeit noch keine Möglichkeiten, diese auch in der DDR zu verbreiten.

- Am gleichen Ort, im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur, geht es einen Tag später weiter mit einem Gespräch über die Teilnahme der Jugend an der Umgestaltung, dem 70. Jahrestag des Leninschen Komsomol gewidmet, ab 15.00 Uhr im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur.

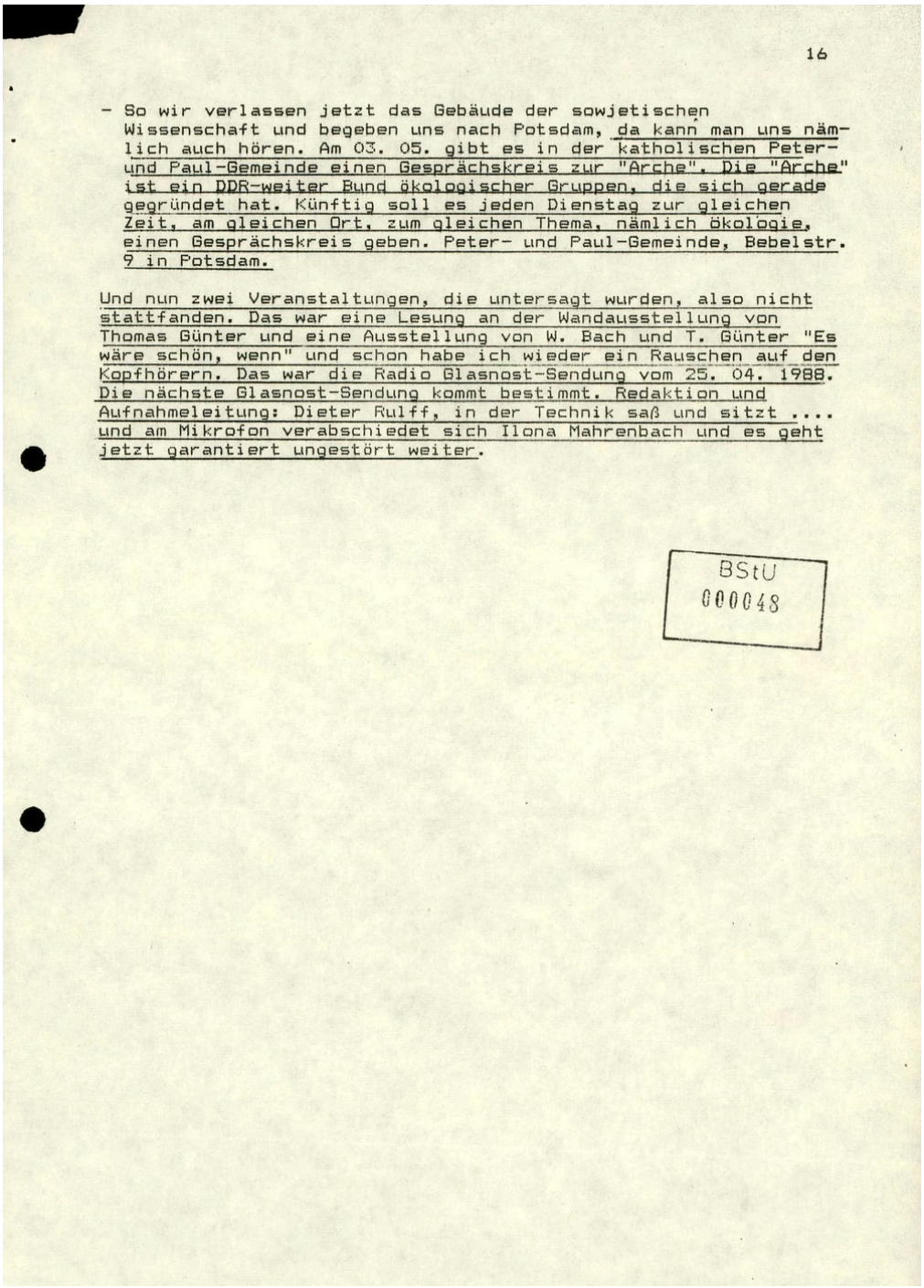
- Immer noch da, noch einen Tag später, am 28. 04., geht es im kleinen Saal um "Das Sowjetland auf dem Kurs der Umgestaltung und des Friedens", um 16.00 Uhr.

BStU
000047

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 47

Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen Aktion "David"



16

- So wir verlassen jetzt das Gebäude der sowjetischen Wissenschaft und begeben uns nach Potsdam, da kann man uns nämlich auch hören. Am 03. 05. gibt es in der katholischen Peter- und Paul-Gemeinde einen Gesprächskreis zur "Arche". Die "Arche" ist ein DDR-weiter Bund ökologischer Gruppen, die sich gerade gegründet hat. Künftig soll es jeden Dienstag zur gleichen Zeit, am gleichen Ort, zum gleichen Thema, nämlich ökologie, einen Gesprächskreis geben. Peter- und Paul-Gemeinde, Bebelstr. 9 in Potsdam.

Und nun zwei Veranstaltungen, die untersagt wurden, also nicht stattfanden. Das war eine Lesung an der Wandausstellung von Thomas Günter und eine Ausstellung von W. Bach und T. Günter "Es wäre schön, wenn" und schon habe ich wieder ein Rauschen auf den Kopfhörern. Das war die Radio Glasnost-Sendung vom 25. 04. 1988. Die nächste Glasnost-Sendung kommt bestimmt. Redaktion und Aufnahmeleitung: Dieter Rulff, in der Technik saß und sitzt .... und am Mikrofon verabschiedet sich Ilona Mahrenbach und es geht jetzt garantiert ungestört weiter.

BStU
000048

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 494, Bl. 30-48

Blatt 48